

nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

10

VI. Jahrgang

Heidelberg, 1. Oktober 1966

Einzelpreis 0,75 DM

25 21 395

Nach dem Grundgesetz können bislang Länder und Gemeinden relativ frei über die Verwendung ihrer Finanzen entscheiden. Mit dem „Gesetz zur Förderung der Stabilität der Wirtschaft“ soll nun die Verfügungsgewalt der Länder und Gemeinden über ihre Mittel erheblich eingeschränkt und die öffentliche Finanzpolitik in der Hand der Bundesregierung zentralisiert werden. Zur Perfektionierung des Konzentrationsprozesses sieht das Gesetz weitere Maßnahmen vor; so eine mittelfristige staatliche Finanzplanung sowie die Neuabgrenzung der Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden mit einer durch die Bundesregierung bestimmten Neuverteilung der Steuereinnahmen. Schließlich gehört zu diesen Maßnahmen der Griff der Bundesregierung nach den Rücklagen der Sozialversicherung, nach dem bekannten Beispiel aus dem „Tausendjährigen Reich“. Wenn Bundestag und Bundesrat diesem Gesetzesentwurf ihre Zustimmung geben — und vieles deutet darauf hin —, sichert sich

Nun zwingen zwar die durch die lechnische Entwicklung veränderten Produktions- und Marktverhältnisse zum Lenken und Planen, aber es ist offensichtlich, daß die Bundesregierung und die sie stützenden herrschenden Kräfte die Konzentration wirtschaftlicher Macht allein in den Dienst des Gewinn- und Expansionsstrebens der

Notverordnung für die Wirtschaft

Finanz- und Industriemonopole stellen werden. Die Regierung Erhard will keine Stabilisierung der Wirtschaft im Interesse der Lohn- und Gehaltsempfänger und der Verbraucher, sondern sie will die Herrschaft jener 96 Männer stabilisieren, die über den Kern der westdeutschen Wirtschaft verfügen. Nicht zuletzt wird dieses Ziel der Zentralisierung der Finanzpolitik deutlich in dem Drängen der Spitzenmanager der Unternehmerorganisationen nach stärkeren Maßnahmen der Bundesregierung gegen die aktive Lohnpolitik und den Mitbestimmungsanspruch der Gewerkschaften. Mit Hilfe der Stabilisierungsgesetze soll die Bundesregierung Konjunktur und Wachstum der Wirtschaft manipulieren, um Arbeitsmarkt und Lohnentwicklung unter einem ständigen Druck zu halten. Es soll ein Klima geschaffen werden, in dem kein Arbeitsplatz mehr sicher ist und das Unbehagen immer größer wird. Die Angst um den Arbeitsplatz soll die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften veranlassen, auf berechnete Forderungen zu verzichten und damit den sozialen Fortschritt zu stoppen.

Der Versuch der Bundesregierung, durch eine wirtschafts- und finanzpolitische Notstandsverfassung die Wirtschaft endgültig den egoistischen Interessen der Konzernherren unterzuordnen, muß auf den härtesten Widerstand der Gewerkschaften stoßen. Hier geht es nicht mehr allein um mehr oder weniger Lohn oder um einen schnelleren oder langsameren sozialen Fortschritt, sondern hier geht es um die Grundlagen der demokratischen Freiheit, die nach dem Grundgesetz das Fundament unserer Gesellschaft sein soll.

■ Kontakt zwischen DGB und FDGB?	2
„Notstand der Demokratie“	4
Vietnamkrieg unpopulär	5
■ Gewerkschaftstag der Initiativen	6
Mitbestimmen durch Tarifvertrag?	10
Bei den Löhnen maßgehalten ..	14
Autofahren ist kein Luxus	15
■ Bauwirtschaft in Krisenstimmung	16

„Haftentschädigung“

Die vom Internationalen Gericht in Nürnberg als Hauptkriegsverbrecher zu je 20 Jahren Zuchthaus verurteilten ehemaligen Nazi-Prominenten Schirach (Reichsjugendführer) und Speer (Rüstungsminister) sind mit einem nächtlichen Spektakel in die Freiheit entlassen worden.

Während die Erinnerung an die Millionen in den Konzentrationslagern ermordeter Juden, Sozialisten und Kommunisten aus dem Bewußtsein unseres Volkes verdrängt wird, bereiten sich die Illustrierten darauf vor, mit den Memoiren der ehemaligen Nazi-Führer das große Geschäft zu machen: Der „Stern“ zahlt dem „Reichsjugendführer“ dafür glatte 500 000 DM, das sind gewissermaßen pro Monat rund 2000 DM „Haftentschädigung“. Die in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern der Nazis Drangsalierten und Geschundenen wurden vom Staat mit 150 DM pro Monat abgespeist.

Für eine besondere Überraschung sorgte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt: Er ließ der Tochter Speers einen Blumenstrauß überreichen. Natürlich nicht in seiner Eigenschaft als Regierender Bürgermeister oder als SPD-Vorsitzender, sondern als Willy Brandt, wurde den erstauften SPD-Mitgliedern versichert. Der „drei-geteilte Willy“ nennen die Berliner ihren Regierenden Bürgermeister jetzt.

okulus

Kontakt zwischen DGB und FDGB?

In den Gewerkschaften entwickelt sich diese Forderung

Vorschläge für gewerkschaftliche Schritte zur Verständigung

Ohne spektakuläre Begleitmusik, beinahe möchte man sagen: in aller Stille hat sich in den DGB-Gewerkschaften eine Wandlung vollzogen, die von großer Bedeutung ist: Es ist hier die Rede von dem Verhältnis, den inneren und äußeren Beziehungen der bundesdeutschen Gewerkschaften zu den Gewerkschaftsorganisationen in kommunistisch regierten Ländern. Es gibt heute keine Gewerkschaftstage mehr und kaum größere gewerkschaftliche Berufsgruppenkonferenzen oder regionale Delegierten tagungen, auf denen nicht die Forderung nach Informationsreisen in Ostblockstaaten oder nach einem Delegationsaustausch erhoben würde. Einen solchen Beschluß faßte auch der 7. DGB-Kongreß im Mai 1966, und die erste Abordnung des Bundesvorstandes rüstet sich gegenwärtig zur Abreise nach Moskau. Am besten ist die augenblickliche Situation wohl gekennzeichnet, wenn man von einem Beginn der Normalisierung des Verhältnisses zwischen den Gewerkschaften in der Bundesrepublik und den osteuropäischen Staaten spricht.

Dazu hat die Moskau-Reise des OTV-Vorsitzenden Heinz Kluncker im Frühjahr 1966 sehr viel beigetragen. Noch vor etwa zwei Jahren schien eine solche Entwicklung nicht absehbar. Vorbereitet wurde sie jedoch durch eine Vielzahl dahingehender Initiativen, die von „unten“ aus den Orts- und Bezirksorganisationen der Gewerkschaften und des DGB kamen. Die Einsicht, daß die Gewerkschaften durch die Schaffung freundschaftlicher Beziehungen zu den Arbeitern und Angestellten in den Ländern Osteuropas der Sache der Völkerverständigung und des Friedens einen großen Dienst erweisen würden, setzte sich durch.

Damit haben die Gewerkschaften bewiesen, daß sie sich keineswegs zu Gefangenen von Tabus machen lassen und daß Tabus nur so lange Wirksamkeit haben, wie sie freiwillig respektiert werden. Ein Tabu jedoch hat den Wandlungsprozeß in Sachen Ostkontakte überdauert: jenes nämlich, daß die DDR-Gewerkschaften von diesen Kontakten ausgenommen sind.

Es werden dafür verschiedene Gründe angeführt, die von Zeit zu Zeit wechseln. Vor dem Bau der Berliner Mauer waren es die „Staatsgewerkschaften“, die es dem DGB unter seiner Würde erscheinen ließen, mit dem FDGB zu sprechen; nach der Mauer ist es diese selbst, die angeblich solche Kontakte unangebracht werden läßt.

Bevor der DGB den Beschluß zur Kontaktaufnahme zu sowjetischen, polnischen, tschechoslowakischen und anderen osteuropäischen Gewerkschaften faßte, hatte er — so schien es jedenfalls — ebenso gute Gründe gegen wie jetzt für diesen Schritt. Bevor Kluncker aus der UdSSR zurückkam und feststellte, „... aber das Propagandaklischee von der Antreiberorganisation wurde nirgends bestätigt“, da war es eben diese „Antreiberorganisation“ gewesen, die jeden Gedanken an eine Kontaktaufnahme am Tabu erstickten ließ.

Das sei in aller Sachlichkeit, ohne jede polemische Absicht, festgestellt, und zwar weil daran deutlich wird, daß

■ erstens jahrelang propagierte Standpunkte — also auch jener in Bezug auf den FDGB — nicht richtig und unwandelbar sein müssen,

■ zweitens wohl weniger moralische Wertungen als vielmehr politische Zweckmäßigkeiten ausschlaggebend sind für das Ingangsetzen bzw. Unterlassen von Initiativen.

Die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften in der Bundesrepublik und denen in der Sowjetunion, der CSSR usw. geht einher mit vorausgegangenen oder gleichzeitigen Diskussionen in den Regierungsparteien, die auf eine Ausdehnung der Wirtschaftsbeziehungen und der politischen Präsenz nach Osten hin zielen. Teilweise sind auch schon Reisen Bonner Politiker (Schmücker nach Rumänien und Lahr nach Bulgarien) erfolgt. Emissäre der Wirtschaft geben sich schon seit langem in Moskau, Budapest, Bukarest, ja Peking die Klinke in die Hand. Die Gewerkschaften nachvollziehen lediglich, was die Wirtschaft — und neuerdings auch die CDU — bereits tut. So gut und so richtig das ist, so ist es doch nichts Ungewöhnliches.

Aber muß das so bleiben? Können die Gewerkschaften nicht einmal die ersten sein, die eine „heilige Kuh“, wie Willy Brandt das formulierte, schlachten und das politisch Notwendige tun? Und notwendig wäre in diesem immer mehr auseinanderstrebenden Deutschland zweifellos die Verständigung zwischen den Gewerkschaften hier und drüben, ja weniger noch: zunächst einmal das Kennenlernen der sozialen und gesellschaftlichen Wirklichkeit aus eigener Anschauung. Nachdem sich, was nach Westen hin schon lange vollzogen ist, nun auch ein gesundes Verhältnis zu den Gewerkschaften und damit den Arbeitern im Osten anzubahnen beginnt, müßte die Versächlichung und Nor-

DGB-Delegation fährt nach Moskau

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat auf seiner letzten Bundesvorstandssitzung in Dortmund beschlossen, demnächst, vermutlich noch in diesem Jahr, eine Abordnung zum Studium der sozialen und wirtschaftlichen Wirklichkeit in der Sowjetunion und der Arbeit der sowjetischen Gewerkschaften nach Moskau zu entsenden. Zu diesem Zweck wurden bereits Kontakte mit der sowjetischen Botschaft in Bonn aufgenommen. Der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg wird selbst nicht mit nach Moskau fahren, sondern die Leitung der Abordnung, der u. a. Wilhelm Gefeller angehören wird, wahrscheinlich dem stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Hermann Beermann übertragen.

malisierung der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften im eigenen Lande das nächste Ziel sein.

Das ist keine neue Erkenntnis, die hier ausgesprochen wird. Neu dagegen ist, daß diese Forderung, mit den FDGB-Gewerkschaften irgendwie in Verbindung zu treten, immer häufiger auf Gewerkschaftskonferenzen erhoben wird. Gewissermaßen im Windschatten des ostpolitischen Tauwetters im DGB gewinnt das Verlangen nach normalen innerdeutschen Gewerkschaftsgesprächen und nach Informationsfreiheit Gewicht. Man ist immer weniger geneigt einzusehen, warum Gespräche mit sowjetischen, tschechoslowakischen und polnischen Kommunisten für die Gewerkschaften nützlich, mit ostdeutschen Kommunisten dagegen verwerflich sein sollen.

Wie schnell sich, gewiß unter dem Eindruck der ersten Gesprächsphase zwischen SPD und SED, in den Gewerkschaften der Gedanke an die Möglichkeit gleichartiger Gespräche zwischen den Gewerkschaften hüben und drüben aus dem Bereich der Emotion in den Bereich der sachlichen Erwägung übertrug, mag das Beispiel des Gewerkschaftstages der IG Metall, einer durchaus aufgeschlossenen Gewerkschaft, verdeutlichen, die noch im September 1965 in Bremen einen Antrag, der eine „Kontaktaufnahme von Mensch zu Mensch“ verlangte, lediglich als Material an den Hauptvorstand überwies. Seitdem sind andere Gewerkschaften erheblich weitergegangen.

Im Mai 1966 verlangte die Jugendkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik bessere Informationen über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Jugend in der DDR. Einen Monat später forderte die Frauenkonferenz derselben Gewerkschaft Gespräche zwischen Gewerkschaften aus der Bun-

desrepublik und der DDR. Mehrere DGB-Jugendkonferenzen auf Bezirksebene sprachen sich ebenfalls für Begegnungen aus. Auf drei Gewerkschaftstagen, die im August/September 1966 stattfanden, schlug sich die Diskussion um diese Frage ebenfalls in Anträgen bzw. Beschlüssen nieder: Auf dem Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten in Bremen fand sich zwar keine Mehrheit für einen Antrag aus Stuttgart, aber eine beachtliche Minderheit sprach sich für die darin enthaltenen Forderungen aus, direkte Verhandlungen mit der FDGB-Gewerkschaft Nahrungsmittel und Handel aufzunehmen und gemeinsame Gewerkschaftskundgebungen zu veranstalten. Die Delegierten der IG Chemie-Papier-Keramik sprachen einstimmig die Erwartung aus, daß ihre Gewerkschaft „mit dazu beiträgt, Schritte zur Wiedervereinigung in der festgefahrenen Deutschlandpolitik zu gehen“. Die Gewerkschafter brauchten geistige Auseinandersetzungen mit kommunistischen Funktionären nicht zu scheuen. Die Gewerkschaft Holz beschloß auf ihrem Gewerkschaftstag in München bei nur einer Stimmenthaltung: „Es ist u. a. zu prüfen, ob direkte Verbindungen zu den Arbeitnehmern in Mitteldeutschland hergestellt werden können. Die Auseinandersetzung, selbst mit den Funktionären, brauchen wir nicht zu scheuen.“

Es ist jetzt in bezug auf die Kontakte zu FDGB-Gewerkschaften eine ähnliche Situation eingetreten, wie sie bestand, bevor es allgemein üblich wurde, Beschlüsse über Kontaktaufnahme zu osteuropäischen Gewerkschaftsbünden zu fassen, was ja dann zu einem diesbezüglichen DGB-Beschluß führte. Offenbar will es die Ironie der Geschichte, daß der Weg nach Ost-Berlin nicht geradlinig, sondern über Moskau, Warschau und Prag führen soll. Es ist sinnlos, sich darüber zu beklagen; man muß vielmehr diese Tendenz erkennen und sie nach Kräften zu fördern suchen.

Wenn der DGB-Bundesvorstand und die Gewerkschaftsvorstände glauben, die Zeit für Spitzengespräche mit dem FDGB und seinen Gewerkschaften sei noch nicht herangereift, so kann man darüber geteilter Meinung sein; zumindest müßte dann wohl auch in der Spitze einiges mehr getan werden, damit diese Zeit schneller heranrückt. Daß die Gewerkschaften durchaus gesamtdeutsches politisches Gewicht haben, zeigte die Initiative Wilhelm Gefellers auf dem Kongreß der IG Chemie-Papier-Keramik. Daß sie geradezu verpflichtet sind, dieses Gewicht in die Waagschale einer innerdeutschen Verständigung zu werfen, ergibt sich aus der Untätigkeit und Fehlerorientierung der Regierungsparteien. In dieser Frage sollten die Gewerkschaften auch nicht nur auf die SPD warten,

sondern mit ihr zusammenwirken, um gewissermaßen „auf breiter Front“ die erklärte Gesprächsbereitschaft von SED und FDGB zum Vorteil des ganzen Volkes zu nutzen.

Im Vorfeld und parallel zu einem derartigen Schritt wäre noch eine ganze Reihe von Maßnahmen erforderlich, die sofort praktikierbar sind und dem Abbau der giftigen Atmosphäre gegenseitigen Argwohns, der Desinformation und der Voreingenommenheit dienen müßten. So hat beispielsweise der Dortmunder Gewerkschaftstag der IG Chemie schon einiges in dieser Richtung geleistet: Der Papierkorb für „Material aus der Zone“ wurde nicht mehr aufgestellt. Die Grußadressen aus der DDR wurden zusammen mit denen aus der Bundesrepublik veröffentlicht, ebenso Presseberichte über den Verlauf des Gewerkschaftstages. Die Journalisten der DDR-Nachrichtagentur ADN und des Fernsehens waren ebenso zugelassen wie die hiesigen Agentur- und Presseberichterstatter.

Eine solche Toleranz sollte in Zukunft auf Gewerkschaftskonferenzen zur Regel werden. Es stellt sich dabei natürlich sofort die Frage der Gegenseitigkeit. Die Delegierten und Pressevertreter konnten sich in Dortmund anhand von Faksimile-Wiedergaben überzeugen, daß die SED- und FDGB-Presse über den Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik mit betonter Sachlichkeit berichtet hat. Es dürfte außer Zweifel stehen, daß — wenn eine im Tenor ähnlich korrekte Berichtserstattung über Gewerkschaftskonferenzen in der DDR bei uns gewährleistet ist — man drüben gegen eine solche Wechselseitigkeit nichts einzuwenden hätte. Im übrigen: haben unsere Gewerkschaftsjournalisten schon versucht, an Gewerkschaftstagen in der DDR teilzunehmen? Oder war es nicht der Antikontaktbeschluß des DGB, der solche Absichten von vornherein unmöglich machte?

Man sieht, daß der Bereich der innerdeutschen Gewerkschaftsbeziehungen voller Probleme, zum Teil komplizierter Probleme steckt. Aber sie lösen sich nicht, indem man sie ignoriert. Sie müssen angepackt werden — allerdings mit sehr viel Fingerspitzengefühl. Mit einem Horror vor sogenannten „Vorleistungen“ kommen wir nicht weiter. Aber viel ist schon erreicht, wenn der DGB und die Mitgliedergewerkschaften unverzüglich daran gehen, jenen Passus in der Entschließung I 16 des DGB-Kongresses zu realisieren, der lautet: „Der DGB wird, neben anderen Stellen, in geeigneter Weise für objektive Informationen und Bildung in gesamtdeutschen Fragen sorgen.“ Einiges ist schon getan, reicht aber nicht aus.

Man sollte sich im DGB und den Gewerkschaften überlegen, ob nicht folgende Empfehlungen wert sind, auf ihre praktische Verwendbarkeit geprüft zu werden:

■ gegenseitige Zulassung von Gewerkschaftsjournalisten zu Gewerkschaftskongressen und anderen wichtigen gewerkschaftlichen Konferenzen, Fach-, Berufsgruppentagungen usw.;

■ Zulassung von Beobachtern der jeweiligen Organisation des FDGB bzw. des DGB;

■ Zusicherung einer fairen, objektiven Berichterstattung in der Gewerkschaftspresse;

■ Austausch von Beobachtern zu den Veranstaltungen des 1. Mai;

■ Ausdehnung der Gedenkfahrten der Gewerkschaftsjugend, die bisher nach Auschwitz und Lidice unternommen wurden, auf das ehemalige KZ Buchenwald in der DDR;

■ Entsendung von Beobachtern und Berichtserstattern zu den Arbeiterkonferenzen in Leipzig;

■ Hinzuziehung von FDGB-Vertretern zu den Ostseminaren des DGB, damit sie dort Rede und Antwort stehen können;

■ Austausch gewerkschaftlicher Publikationen und Fachliteratur;

■ Austausch von Studiengruppen des DGB/FDGB und deren Einzelgewerkschaften zur Untersuchung der Arbeits- und Lebensbedingungen im allgemeinen und in den jeweiligen Wirtschaftsbereichen im besonderen;

■ Veröffentlichung der Studienergebnisse in der Gewerkschaftspresse.

Allerdings wird man über die Realisierung einiger dieser Vorschläge — wenn es sein muß, in aller Stille — Vorgespräche führen müssen. Andere ließen sich ohne weiteres und ohne Aufhebens sofort praktizieren. Sicherlich läßt sich die Skala solcher gesamtdeutschen gewerkschaftlichen „kleinen Schritte“ noch erweitern. Aber wichtig ist, daß nun endlich einmal was geschieht, daß — wenn auch zähflüssig — die Dinge aus der Erstarrung geraten.

Die ersten vorsichtigen Bewegungen in eine neue Richtung werden, schemenhaft noch, erkennbar. Es gilt, in den Gewerkschaften, im DGB, das Bewußtsein zu vermitteln, daß man nicht noch einmal zwanzig Jahre untätig ins Land gehen lassen darf. Was einmal unumgänglich sein wird, nämlich das Gespräch miteinander, sollte so früh wie möglich begonnen werden. Nicht erst, wenn die jetzige Generation, die sich zum Teil noch persönlich kennt, abgetreten ist. Ob noch die nächste Generation, die sich nicht mehr kennt, die Verwandten dritten und vierten Grades, die keine inneren Bindungen mehr verspüren, ob sie noch ebenso „gesamtdeutsch“ fühlen werden wie wir — das ist die Frage. Gerd Siebert

Kongreß „Notstand der Demokratie“

Professoren und Gewerkschafter arbeiten zusammen

Neue Initiativen gegen die Notstandsgesetzgebung

Während Bundesregierung und politische Parteien die Vorbereitungen zur Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung forcieren und im Rahmen des „Fallex-Manövers“ — unter Mitwirkung der SPD — die Funktion eines Notparlamentes probieren wollen, bereiten sich die Gegner der Notstandspläne auf einen schärferen Abwehrkampf vor. Am 30. Oktober wird in Frankfurt am Main ein Kongreß zum Thema Notstand der Demokratie, mit abschließender Großkundgebung auf dem Paulskirchen-Platz, tagen. Der Kongreß wird gemeinsam von Vertretern der Geistesschaffenden und der Gewerkschaften vorbereitet und durchgeführt.

In dem 52köpfigen vorbereitenden Kuratorium sind u. a. die Professoren Abendroth, Baade, Bloch, Born, Fabian und Ridder sowie Kirchenpräsident Niemöller und die Schriftsteller Böll, Enzensberger, Kästner und Walsen. Vertreter der Gewerkschaften und des DGB sind die Funktionäre Benz, Dürbeck, Wöhrle (IG Metall), Küpper, Vitt (IG Chemie-Papier-Keramik), Georgi, Riemer (Gewerkschaft Holz), Lehlbach (DGB Rheinland-Pfalz), Loderer (DGB Baden-Württemberg), Moser (DGB Saar) und Scheugensflug (DGB Hessen). Bei Niederschrift dieser Zeilen hatten bereits die IG Metall, die IG Chemie-Papier-Keramik, die IG Druck und Papier, die Gewerkschaft Holz und die Gewerkschaft Leder offiziell zugesagt, die Frankfurter Manifestation gegen die Notstandsgesetzgebung zu unterstützen. Sie waren damit einer Empfehlung des DGB-Bundesvorstandes gefolgt, der im September in Dortmund tagte.

Auf einer Pressekonferenz in Frankfurt erklärten Sprecher des Kuratoriums, der Kongreß solle die Zusammenarbeit zwischen Gegnern der Notstandsgesetzgebung unter der Intelligenz und den Gewerkschaften intensivieren und sie auf die Auseinandersetzungen vorbereiten, die nach der Vorlage neuer Gesetzesentwürfe durch den Bundesinnenminister zu erwarten seien.

Das Kuratorium hat einen Aufruf veröffentlicht, in dem es heißt:

„Seit Jahren kritisiert man in der Öffentlichkeit die geheimen Beratungen der Notstandsvorlagen. Auch unter Bundesinnenminister Lücke hat sich daran nichts geändert. Seine Öffentlichkeitsarbeit unterrichtet nicht über den Inhalt der Gesetze. Sie ist nichts als reine Propaganda für die Zustimmung zu einer Notstandsgesetzgebung. Der Bruch unserer Verfassung durch die Schubladengesetze, die Verfassungswidrigkeit der bereits verabschiedeten Notstandsgesetze und die bisherige Praxis eines Dunkelkammerverfahrens sind eine Herausforderung. Sie bedeuten den Notstand unserer Verfassung, den NOTSTAND DER DEMOKRATIE. Es droht Gefahr, daß die rechtsstaatliche und freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Staatswesens zum zweitenmal in diesem Jahrhundert aufgehoben wird.“

Wir rufen deshalb zur Teilnahme an dem Kongreß NOTSTAND DER DEMOKRATIE auf, der am 30. Oktober 1966 in Frankfurt am Main stattfinden wird.“

Hier bietet sich für die Gewerkschaften eine gute Gelegenheit, etwas Wirksames im Sinne des Berliner DGB-Beschlusses gegen die Notstandsgesetzgebung zu tun. So wird es vorwiegend Sache der Gewerkschaften und des DGB sein, dafür zu sorgen, daß die Schlußkundgebung auf dem Paulskirchen-Platz zu einer Massenkundgebung ersten Ranges wird. Es sollte weiter überlegt werden, ob es nicht auch ratsam ist, aus allen größeren Ortsverwaltungen Teilnehmer in die sechs Diskussionsgruppen des Kongresses zu schicken, mit der Maßgabe, nach ihrer Rückkehr in Mitgliederversammlungen und öffentlichen Kundgebungen über die Ergebnisse der Frankfurter Veranstaltung zu berichten. Auf diese Weise kann sichergestellt werden, daß der Frankfurter Kongreß der Notstandsgegner auf die Arbeitnehmer und die Bevölkerung der ganzen Bundesrepublik ausstrahlt und sich nicht in einer eintägigen Aktion erschöpft.

Eine solche Initiative der Gewerkschaften wäre gewiß auch im Sinne der Veranstalter des Kongresses Notstand und Demokratie, der Auftakt einer neuen, vielleicht der entscheidenden Abwehrkampagne gegen die Notstandspläne der Bundesregierung werden muß. -ie-

„Sozialistische Beiträge zum Zeitgeschehen“

Im Albert-Berg-Verlag, Hamburg, ist eine Broschüre mit dem Titel „Sozialistische Beiträge zum Zeitgeschehen“ erschienen, in der Lorenz Knorr, Mitglied des Direktoriums der DFU, zwei Artikel — „Wirtschaftliche Stabilität oder Krisengelahr?“ und „Deutschland, Brücke oder Brückenkopf?“ — veröffentlicht hat. Dazu ist in der Broschüre der Briefwechsel zwischen SED und SPD abgedruckt. Die Broschüre hat 108 Seiten und kostet DM 4,80.

Zum Thema:

Krise in Bonn

Drei Generale gingen, Minister von Hassel blieb — vorerst. Aber längst ist, was als Starfighter-Affäre begann und in den Kampf des Bundeswehrführungsstabes gegen die Bundeswehrbürokratie mündete, über seine Ursprünge hinausgewachsen. Der Ruf nach dem Rücktritt des Ministers von Hassel ist bis in die Regierungsparteien hinein laut geworden und wird sich nach dem tragischen Untergang des U-Bootes „Hai“ noch verstärken. In Wirklichkeit jedoch geht es nicht mehr um Namen.

Ein parlamentarisches Bäumchen-wechsle-dich-Spiel wird der tiefgehenden Krise nicht gerecht. Eine Reihe CDU/CSU-Politiker, Konrad Adenauer an der Spitze, dringen auf Ablösung des Bundeskanzlers. Sie wollen aber nur Erhard ersetzen und nicht die Erhard'sche Politik. Damit aber ist kein Staat zu machen.

Wir haben es in Bonn mit einer Führungskrise zu tun, die tiefere, politische Ursachen hat. Der „Aufstand“ der Generale Tretnner und Panitzki entsprang nicht nur persönlichen Meinungsverschiedenheiten mit dem Minister, er liegt vielmehr in dem Umstand begründet, daß die Bundeswehr einen Auftrag erhalten hat, der unausführbar ist.

Die Bundeswehr sollte das Gewicht werden, mit dem die Bundesregierung sowohl ihre Verbündeten als auch die Sowjet-Union dazu bringen wollte, den gesamtdeutschen Vorstellungen Bonns zu entsprechen. Sie sollte einer Vorwärtsverteidigung dienen mit dem Ziel, einen möglichen Krieg weit östlich der Bundesrepublik stattfinden zu lassen. Daher der Ruf nach Verfügungsgewalt über Atomwaffen, daher die Forderung der Militärs nach Notstandsgesetzen, daher das Streben der Generale, sich einer parlamentarischen, zivilen Kontrolle zu entziehen.

Seit dem militärischen Austritt Frankreichs aus der NATO ist diese Konzeption zusammengebrochen. Die Bundeswehr bekommt für ihre Atomstarfighter keine Atombomben, und die Verbündeten denken nicht daran, die Ansprüche der Bundesregierung auf die DDR zu unterstützen.

Die Bonner Führungskrise lehrt, daß wir zwar neue Männer, eine neue Regierung brauchen, aber vor allem braucht die Bundesregierung eine neue Politik. Das ignoriert zu haben war der Mangel der Sozialdemokratischen Partei bei der Bundestagsdebatte um die Krise in der Bundeswehr: Ihr Antrag auf Ablösung des Bundeswehrministers wurde abgelehnt, und ihre Diskussionsredner gaben eine allzu schwache Vorstellung. -tt-

Vietnam-Krieg immer unpopulärer

**Gewerkschaften verurteilen Unterstützung der USA
Papst Paul VI und UNO-Generalsekretär warnen**

Die USA haben der UNO-Vollversammlung in Fortsetzung ihrer sogenannten „Friedensoffensive“ einen neuen Vorschlag unterbreitet. Nach den Worten ihres UNO - Chefdelegierten, Goldberg, ist die US - Regierung zur Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam und zum Abzug ihrer Truppen nach einem Zeitplan bereit, wenn auch, wie es heißt, Nordvietnam seine Hilfe für die südvietnamesische Befreiungsfront (FNL) einstellt. Ferner deutete der Delegierte Goldberg an, daß die USA sich möglicherweise mit der Beteiligung der FNL an etwaigen Friedenskonferenzen einverstanden erklären würden.

Der Vorschlag der USA hört sich zwar gut an, aber er verliert seine Glaubwürdigkeit, wenn zu gleicher Zeit die US-Luftwaffe ihre Bombenangriffe auf Nordvietnam verschärft und gleichzeitig die Truppenverbände der USA in Vietnam verstärkt werden. Nach einem Bericht der „New York Times“ stehen heute schon in Vietnam mehr als eine Million Soldaten den schätzungsweise 250 000 bis 300 000 Vietcong gegenüber. Die Hälfte der Aggressionstruppen gehört zu den US-Streitkräften. Es ist darum verständlich, wenn die südvietnamesische Befreiungsfront diese neuerlichen „Friedensvorschläge“ der USA als einen demagogischen Sachzug ablehnt und nach wie vor den Abzug der US-Truppen aus Südvietnam als Voraussetzung für den Beginn von Friedensverhandlungen fordert.

Das geschieht keineswegs aus Übermut, vielmehr fürchtet das vietnamesische Volk mit Recht, ohne diese Voraussetzung abermals um den Frieden in seinem Land betrogen zu werden. Schon einmal haben sich die Vietnamesen mit großen Opfern von der französischen Kolonialherrschaft befreit, aber der Friede, der nach der Niederlage der französischen Kolonialtruppen durch das Genfer Abkommen vom 21. Juli 1954 geschlossen werden sollte, ist nie verwirklicht worden.

Damals haben die USA die Genfer Indochina-Konferenz verlassen und damit die Realisierung des Friedensvertrages sabotiert. Es ist die alleinige Schuld der USA, daß die auf der Genfer Indochina-Konferenz beschlossenen freien Wahlen, die die Einheit Vietnams wiederherstellen sollten, verhindert wurden und das Land ohne eine aus freien Wahlen hervorgegangene Gesamtregierung geblieben ist.

Statt dessen unterstützten die USA den Diktator Diem, den Repräsentanten korrupter Militärs und Großgrundbesitzer und Angehörigen einer militanten katholischen Minderheit. Als Reaktion auf sein Gewaltregiment bildete sich in den Jahren 1956 bis 1958 die südvietnamesische Befreiungsfront, die mit primitiven Waffen und ohne Unterstützung von außen ihren Kampf gegen die politische Unterdrückung und die wirtschaftliche Ausbeutung des südvietnamesischen Volkes durch den Diem-Clan aufnahm.

Es wäre der FNL ein leichtes gewesen, das Regime Diem wegzufegen, hätte sich der Diktator nicht auf die zunehmende militärische Hilfe der US-Regierung stützen können. Nach der Ermordung Diems trat eine Reihe reaktionärer, von den USA besoldeter Generale an seine Stelle, und heute „regiert“ in Saigon, von amerikanischen Gnaden, der General Ky, der sich offen zu den Terrormethoden Hitlers bekannt hat.

Es ist klar, ohne die Beendigung der militärischen Intervention der USA wird es in Vietnam keinen Frieden geben. Und der Abzug der Amerikaner kann nicht abhängig gemacht werden vom Verzicht der Hilfe Nordvietnams für die FNL, denn Nord- und Südvietnam gehören zusammen, und nur das vietnamesische Volk in seiner Gesamtheit hat das Recht, über das Schicksal seines Landes zu bestimmen. Die amerikanischen Aggressoren aber sind Fremde, die von der übergroßen Mehrheit als Eindringlinge verwünscht und verachtet werden.

Die Menschen in der Bundesrepublik lehnen in ihrer Mehrheit den grausamen amerikanischen Krieg in Vietnam ab. Sie übersehen nicht die Gefahr, daß die Bundesrepublik als NATO-Partner der USA durch den blutigen Krieg in Vietnam in einen dritten Weltkrieg hineingezogen werden kann. Mit Entschiedenheit müssen darum alle Erklärungen zurückgewiesen werden, die Bundeskanzler Erhard bei seinem letzten Besuch in Washington im Namen der Bundesregierung zur moralischen Unterstützung der US-Aggressoren in Vietnam abgegeben hat. Die Mehrheit des deutschen Volkes unterstützt nicht die Amerikaner, sondern fordert Frieden für Vietnam, so wie es Papst Paul VI. und der UNO-Generalsekretär U Thant, ebenso wie der englische Philosoph Bertrand Russell in den letzten Tagen wieder getan haben.

Für die Gewerkschaften in der Bundesrepublik, die sich in ihrem Grundsatzprogramm vorbehaltlos gegen den Krieg und gegen jede Unterdrückung ausgesprochen haben, ist es nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht, ihre Stimme gegen den schmutzigen Krieg in Vietnam deutlich werden zu lassen. Es kommt darauf an, die Bundesregie-

rung zu zwingen, jede offene oder heimliche, moralische oder materielle Unterstützung der USA zu unterlassen.

Der 6. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Chemie - Papier - Keramik, wie auch der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz, haben der Auffassung der Gewerkschaften durch die Annahme entsprechender Entschlüsse ihren Ausdruck verliehen. So heißt es in der Entschlie-ßung der IG Chemie, die Gewerkschaft verurteilt den Krieg in Vietnam und protestiere dagegen, daß die Bundesregierung von den USA aufgefordert wurde, personelle und materielle Hilfe für den Krieg in Vietnam zu leisten.

Die Delegierten distanzieren sich ferner von allen offiziellen Äußerungen der Bundesregierung und Bundestagsparteien, die den Anschein erwecken, als identifizierten sich die Bürger der Bundesrepublik mit der Vietnampolitik der USA. Die Entschlie-ßung fordert den Abzug aller am Vietnamkrieg beteiligten Streitkräfte, die Aufnahme von Verhandlungen, auch mit der FNL und die Verwirklichung der Einheit Vietnams durch freie Wahlen, wie sie in der Genfer Konferenz von 1954 vorgesehen sind. In der Begründung einer weiteren, aber nicht angenommenen Entschlie-ßung zum Vietnam-Krieg, eingebracht vom Jugend-Hauptausschuß der IG Chemie, Papier, Keramik, wird zum Schluß gesagt:

„Wenn die Bundesregierung für sich in Anspruch nimmt, positiv Stellung zu nehmen für die USA, so haben auch die Gewerkschaften als größte Massenorganisation in der Bundesrepublik nicht nur das Recht, ja sogar die Verpflichtung, ebenfalls zu diesem welt-politischen Geschehen Stellung zu nehmen, zumal sich jedes weltpoli-tische Ereignis, besonders der Krieg in Vietnam heutzutage sehr schnell auf jeden einzelnen Bürger der Bundesrepublik auswirken kann. Und 80 Prozent der Bürger sind hierzulande Arbeitnehmer, die entweder als Soldaten oder Steuerzahler am Krieg in Vietnam beteiligt werden können.“

H. S.

Heuerverträge für Seeleute gekündigt

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und die Deutsche Angestelltengewerkschaft haben die Heuerverträge für die Seeleute zum 31. Dezember 1966 gekündigt. Davon sind rund 50 000 Seeleute erfaßt. Die Gewerkschaften wollen eine umfassende Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Handelsschiffen der westdeutschen Reeder durchsetzen. Die Heuerverträge sollen weitgehend an die Manteltarifverträge der in den Landbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer angepaßt werden.

Gewerkschaftstag der Initiativen

Gefeller wollte Deutschlandpolitik aus der Sackgasse helfen

7. Gewerkschaftstag der IG Chemie mit großem Programm

Dreimal während des 7. Gewerkschaftstages der IG Chemie-Papier-Keramik zitierte der Erste Vorsitzende, Wilhelm Gefeller, den Aphorismus des spanischen Philosophen Santayana: „Wer das Vergangene vergiftet, ist dazu verurteilt, es noch einmal mitzuerleben.“ Jedesmal verband Gefeller damit die Mahnung an die Gewerkschafter, aus der Vergangenheit zu lernen, um Gegenwart und Zukunft besser zu gestalten. Der Gewerkschaftstag vom 4. bis 10. September in Dortmund hat einen diesbezüglichen Willen der drittgrößten Organisation im DGB demonstriert. Gefeller selbst hat mit seiner vielbeachteten gesamtdeutschen Initiative gleich zu Beginn einen richtungsgebenden Akzent gesetzt.

In einer Atmosphäre betonter Sachlichkeit, Toleranz und Objektivität wurde auf diesem Kongreß beraten, diskutiert, gearbeitet. Es gab in der Thematik keine Tabus und unter den Delegierten keine unduldsamen Besserwisser. Der bei früheren Gelegenheiten und heute noch auf anderen Gewerkschaftstagen obligatorische „Papierkorb für Material aus der Zone“ fehlte. Grußschreiben und -telegramme, ob von Betriebsräten westdeutscher Unternehmen oder vom Zentralkomitee der KPD; Pressestimmen, ob aus dem „Industriekurier“ oder dem „Neuen Deutschland“ — alles wurde den Delegierten und Gästen sachlich zur Kenntnis gegeben.

Deutschland- und Ostpolitik

In der Rückschau heben sich aus der beeindruckenden Fülle der von den 335 Delegierten aufgeworfenen und behandelten Thematik mehrere zentrale Problemkreise heraus, die man, ohne damit eine Rangfolge zu verbinden, so skizzieren könnte: Deutschlandpolitik und Ostkontakte; Abrüstung und Krieg in Vietnam; Verteidigung der Demokratie und Notstandsgesetzgebung; Gewerkschaften und Parteien; Mitbestimmung; Tarifpolitik und soziale Sicherheit. Dazwischen wiederum liegt ein weites Feld voller Fragen, z. B. im Bereich des Organisations- und Satzungswesens, der Bildungspolitik, der Berufsausbildung usw., die mit gleicher Ernsthaftigkeit aufgeworfen und entschieden wurden. Eine Gewerkschaft hat ja allseitige Interessenvertretung der Arbeitnehmer zu betreiben. Wenn die Berichterstattung üblicherweise die Betonung auf die Entscheidungen im politischen und sozialen Bereich legt, so geschieht das im allgemeinen, weil diese Bestandteile der aktuellen Geschehnisse sind und meinungsbildende Wirkung haben.

So hat beispielsweise die Deutschland- und Ostpolitik den Gewerkschaftstag direkt nur wenige Stunden innerhalb seiner siebentägigen Beratungen beschäftigt; und dennoch ist das Ergebnis selbst sowie das, was

dazu gesagt und schließlich entschieden wurde, für die Öffentlichkeit und für den weiteren Weg des DGB von so großer Bedeutung, daß sie mit dem Zeitmaßstab nicht erfaßt werden kann.

Als Wilhelm Gefeller gleich am ersten Tag vor den Kongreß trat, sich seinen gesamtdeutschen Kummer von der Leber redete und Walter Ulbricht um ein Zeichen seiner Bereitschaft zur Wiederaufnahme des Dialogs mit der SPD bat, das er dann ja auch bekam, da spürte man es: Hier drückt ein hervorragender Gewerkschafter, ein „alter Arbeiterfunktionär“, wie Gefeller sich selbst bezeichnete, ein im ganzen Volk verbreitetes Unbehagen über die verfehlte Deutschlandpolitik der Bundesregierung aus. Der starke Beifall des Gewerkschaftstages unterstrich das noch.

Die konkrete Antwort Ulbrichts auf die konkrete Frage Gefellers, der sich ausdrücklich und unter Beifall für dessen Telegramm bedankte, lautete:

„Zu den Anregungen in der Eröffnungsrede des Gewerkschaftstages, deren Aufgeschlossenheit wir würdigen und begrüßen, wollen wir zunächst sagen, daß wir gewillt sind, den Dialog weiterzuführen. Aber der Dialog kann nur auf dem Wege offizieller Verhandlungen zwischen den Organisationen zu einer Annäherung und Verständigung führen. Solche Verhandlungen sind von großer Bedeutung für die Entspannung und die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Deshalb sind sachliche Verhandlungen zwischen den Leitungen der SED und der SPD, der Gewerkschaften und anderer Massenorganisationen in beiden deutschen Staaten die Grundlage für die so notwendigen Annäherungen.“

Auch der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erhielt starken Applaus, als er in seiner Gastrede erklärte, es gehe in Deutschland um mehr als um einen Redneraustausch, es gehe um den Frieden. Er sei immer noch besser, ergebnislos zu reden, als ergebnisreich aufeinander zu schießen.

Diese Überzeugung und vor allem jene, daß sich nun auch für die Gewerkschaften die Frage von Gesprächen mit den DDR-Gewerkschaften stelle, wurde von mehreren Diskussionsrednern vorgetragen. Um so überraschender war die Erklärung Gefellers, daß er zwar das Gespräch zwischen SPD und SED wünsche, aber den Kontakt zwischen seiner Gewerkschaft und der gleichartigen FDGB-Gewerkschaft ablehne. Die Entschließung zur Deutschlandpolitik (190a — siehe Wortlaut) drückt eine derartige Meinung jedoch nicht aus und betont: „Wir brauchen geistige Auseinandersetzungen mit kommunistischen Funktionären nicht zu scheuen.“ Was die Beziehungen zwischen SPD und SED betrifft, so sehen die Delegierten in dem Ulbricht-Telegramm und der Brandt-Rede „Ansatzpunkte, die Gespräche wieder aufzunehmen“.

In einer Entschließung zur Ostpolitik der Gewerkschaften fordert der Kongreß, „wo immer sich die Gelegenheit bietet“, die bestehenden Kontakte zu osteuropäischen Gewerkschaftsorganisationen zu verstärken. Der Hauptvorstand, dem alle Koordinierungsmaßnahmen obliegen sollen, wird aufgefordert, selbst Initiativen zu ergreifen, „um gewerkschaftliche Begegnungen mit Ländern des Ostblocks alsbald zu ermöglichen“.

In diesem Zusammenhang muß das Bemühen des Gewerkschaftstages unterstrichen werden, auch nach Westen hin gewisse Ungereimtheiten in den gewerkschaftlichen Beziehungen auszubügeln. Unter Berufung auf die fortschreitende Konzentration und Macht der Großunternehmen und Wirtschaftsverbände im EWG-Raum fordern die Delegierten vom Hauptvorstand Schritte zu einer Zusammen-

CSRR-Gewerkschafter in der Bundesrepublik

Im September weilte zwei Wochen lang eine Gruppe von Gewerkschaftern aus der Tschechoslowakei in der Bundesrepublik. Durchführende Organisationen dieser Begegnung waren in der CSRR der Zentralrat der tschechoslowakischen Gewerkschaften und in der Bundesrepublik die Vorstände des DGB, der IG Metall und der IG Chemie-Papier-Keramik sowie der Frankfurter Bund für Volksbildung und die gewerkschaftseigene Popularis-Reisen-GmbH.

Die tschechoslowakischen Gewerkschafter wurden von den Vorständen der IG Metall und der IG Chemie empfangen, besichtigten Industriewerke in den von den beiden Gewerkschaften betreuten Wirtschaftsbereichen und diskutierten mit Spitzenfunktionären und Betriebsräten über die Aufgaben der Gewerkschaften in der Bundesrepublik.

arbeit „mit allen Gewerkschaften in den EWG-Staaten“. Zu diesen Gewerkschaften gehören in einigen Ländern, vor allem aber in Frankreich und Italien, starke Gewerkschaftsbünde, die dem kommunistisch geführten Weltgewerkschaftsbund (WGB) angeschlossen sind, und in den genannten Ländern den entscheidenden gewerkschaftlichen Einfluß ausüben.

Kein Nachgeben in der Notstandsfrage

Bundesregierung und politische Parteien wurden von dem Gewerkschaftstag aufgefordert, eigene Abrüstungsinitiativen zu entwickeln und endgültig auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu verzichten. Auf allen Gewerkschaftstagen spielen diese Forderungen eine Rolle. Damit wird Bonn und den meisten politischen Parteien bescheinigt, daß sich auch in dieser Angelegenheit ihre Politik in schroffem Widerspruch zu den Interessen der Arbeitnehmer, der Volksmehrheit also, befindet. Die führenden Politiker in Ost und West wurden aufgefordert, auf die militärische Gewaltanwendung als Mittel der Politik zu verzichten. Die Delegierten gaben diesem Appell bei der Abstimmung feierlichen Nachdruck, indem sie sich von den Plätzen erhoben.

In einer Entschließung zum Vietnam-Krieg wird dessen Beendigung sowie die Unterlassung jeglicher Unterstützung durch die Bundesregierung verlangt, welche geeignet ist, den Krieg zu verlängern. Obgleich eine schärfer akzentuierte Entschließung, eingebracht vom Jugend-Hauptausschuß, nicht die nötige Unterstützung fand, stellt die angenommene Entschließung die bisher deutlichste Aussage dar, die von einem Gewerkschaftstag zu diesem Thema gemacht wurde (siehe: „Vietnamkrieg immer unpopulärer“).

Die Sorge um den Bestand der Demokratie widerspiegelt sich in dem Antrag 168 zur Notstandsgesetzgebung, der bei nur zwei Enthaltungen beschlossen wurde. Darin begrüßt der Gewerkschaftstag die Ablehnung des Gesetzeswerks durch den DGB-Kongreß und macht sich dessen Standpunkt ausdrücklich zu eigen. Auf Kundgebungen soll die Öffentlichkeit über die gewerkschaftliche Haltung aufgeklärt werden.

Der Hauptvorstand der IG Chemie soll die übrigen DGB-Gewerkschaften darauf hinweisen, daß nach § 3 Abs. 4 der DGB-Satzung alle Gewerkschaften an den Berliner Anti-Notstandsbeschluß gebunden sind. Danach seien auch abweichende Beschlüsse innerhalb einzelner Gewerkschaften nicht gestattet. Es ist jedem klar, daß dieser Passus aus deutliche Rüge der Extratouren Georg Lebers gedacht ist.

Die Gewerkschafter würden sich auch künftig dagegen wehren, sagte Gefel-

ler, daß die Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften direkt oder indirekt eingeschränkt würden. Scharfe Worte fand der Gewerkschaftsvorsitzende auch, als er von der undemokratischen Existenz und dem unsauberen Spiel mit den Schubladengesetzen sprach. Seine Ankündigung, die IG Chemie werde die inzwischen durch führende Gewerkschaftsfunktionäre ergänzte Gruppe von Geistesschaffenden bei der Organisation und Durchführung des zum 30. Oktober nach Frankfurt/Main einberufenen Kongresses „Notstand der Demokratie“ unterstützen, fand ungeteilten Beifall. Ebenso die Anregung an die örtlichen Funktionäre in Frankfurt und der weiteren Umgebung, für einen eindrucksvollen Besuch dieser Manifestation gegen die Notstandsverfassung zu sorgen.

Auf die Parteien einwirken

Eine lebhaft diskutierte und hochaktueller politischer Aussagekraft über die gesellschaftliche Funktion der Gewerkschaften entzündete sich an Anträgen, die ein stärkeres Hineinwirken der Gewerkschafter in politische Parteien — sprich: SPD — und Einflußnahme auf deren Programme und Entscheidungen verlangten. Ein entsprechender Antrag wurde beschlossen. Ganz ohne Zweifel sind sowohl die Anträge als auch die Diskussionen hauptsächlich auf das die Gewerkschafter nicht befriedigende Verhalten der Sozialdemokratischen Partei in der Notstands- und Mitbestimmungsfrage und auf ihr Bestreben, „Volkspartei“ zu werden, zurückzuführen. Für aktiv in der Gewerkschaftsarbeit stehende Arbeitnehmer wirft das selbstverständlich die Frage nach ihrer weiteren Beziehung zu dieser Partei auf.

Der Delegierte Kunzmann, München, stellte sogar die Frage: „Wann erfolgt die Formierung und Gründung von Sozialausschüssen in der Sozialdemokratischen Partei?“ Fritz Libuda, Frankfurt, plädierte in einem sehr eindrucksvollen Diskussionsbeitrag ebenfalls, wie eigentlich alle Redner, für eine unabhängige, politisch eigenständige Gewerkschaftsbewegung. Er nannte die beiden Beispiele — Notstand und Mitbestimmung —, an denen die grundverschiedene Konzeption zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischem Parteivorstand sichtbar werde. Libuda stellte fest: „Wir haben... kein Verständnis dafür, daß die Gewerkschaften, politisch gesehen, mehr und mehr in eine Rolle gedrängt werden sollen, die bestimmt wird vom sogenannten Anpassungskurs, vom politischen Wohlverhalten um fast jeden Preis, und die dann letzten Endes in einer politischen Sackgasse enden muß.“

Was hier diskutiert wurde, ist kein typisches Problem der IG Chemie-Papier-Keramik; der Wille, den Deut-

schen Gewerkschaftsbund nicht auf den opportunistischen Kurs der jüngsten — sozialdemokratischen — Volkspartei abgleiten zu lassen, ist in allen Gewerkschaften vorherrschend. Libuda verwies auf die „profilierten Gewerkschafter“ Georg Leber, Walter Arendt und Kurt Gscheidle, die als SPD-Bundestagsabgeordnete in der Notstandsdebatte des Berliner DGB-Kongresses eindeutig den Partei-Kurs gefahren seien, während Wilhelm Gefeller und Otto Brenner, die nicht Parlamentarier, „aber nichtsdestoweniger gute Sozialdemokraten sind“, den Standpunkt der „überwiegenden Mehrheit der Arbeitnehmerschaft“ vertreten haben.

Aus diesem Dualismus von Partei- und Gewerkschaftsmitgliedschaft ergibt sich natürlich die Gefahr der Beeinflussung üblicherweise positiver Gewerkschaftskonzeption durch häufig negative Parteientscheidungen. Diese Gefahr wollen die verantwortlichen Gewerkschafter abwenden. Aus diesem Grunde pochen sie stärker als jemals zuvor auf die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung von jeder politischen Partei.

Die hierzu angenommene Entschließung ist geeignet, Gewerkschaftern, die wegen ihrer Loyalität zu Gewerkschaftsbeschlüssen Schwierigkeiten in ihrer Partei bekommen, den Rücken zu stärken. Diese Klärung des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und Parteien, die in der Vergangenheit eigentlich mehr in der Satzung als in der Praxis vorhanden war, dürfte zu einem größeren gewerkschaftlichen Selbstbewußtsein, zu gesteigerter politischer Aktivität und Bewegungsfreiheit führen; sie war also dringend erforderlich.

Mitbestimmung bleibt vorrangig

Das gesellschaftliche Hauptanliegen der Gewerkschaften, die Ausweitung und Sicherung der betrieblichen, qualifizierten und gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung, beherrschte auch auf diesem Gewerkschaftstag Referate und Diskussionen. Gleich im Eröffnungsreferat stellte Wilhelm Gefeller in den ersten zehn Minuten seiner Rede fest:

„Wir wollen die Mitbestimmung in der Wirtschaft. Einer der Bezugspunkte, warum und weshalb wir sie wollen, liegt tatsächlich in den Entwicklungen der Vergangenheit; aber auch die Gegenwart macht ihre Verwirklichung dringend erforderlich. Natürlich liegt sie vornehmlich im Interesse des Arbeitnehmers, denn solange ein Konzern oder Unternehmensmanagement das Unternehmensrisiko nur als Vermögensrisiko betrachtet, bleibt der im Unternehmen Beschäftigte nur

Objekt, nach dessen Interessen und Bedürfnissen nicht gefragt wird."

Das Hauptreferat des mit 316 von 335 Stimmen wiedergewählten Vorsitzenden der IG Chemie trug den Titel „Stabile Wirtschaft, Mitbestimmung, gesicherte Arbeitsplätze“ und stand ganz im Zeichen der Mitbestimmungsforderung. Ein Gesetzentwurf zur Realisierung der qualifizierten Mitbestimmung über Kohle und Stahl hinaus müsse noch in dieser Legislaturperiode dem Parlament eingereicht werden.

Gefeller gab zu verstehen, daß er eine solche Initiative von der SPD erwarte. Allerdings hatte Willy Brandt vorher erklärt, seine Partei wolle zunächst nur eine Kommission zur Prüfung der Mitbestimmungsfrage bilden. Aber Gefeller meinte, die Zeit des „überevorsichtigen Lavierens und Antichambrierens“ müsse jetzt vorbei sein. Die Mitbestimmung könne nicht nur immer in Wahlversprechen auf-tauchen.

Wilhelm Gefeller gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Mitbestimmung nur vom Gesetzgeber erreicht werden könne. Offenbar teilt man im Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik nicht die Ansicht jener Gewerkschaftsfunktionäre, die sich insbesondere für die betriebliche Mitbestimmung Fortschritte durch tarifvertragliche Vereinbarungen versprechen, wie das später auf der Betriebsrätekonferenz der IG Metall in Karlsruhe eine Rolle spielte. (Siehe auch: „Mitbestimmen durch Tarifvertrag?“) In der vom Hauptvorstand eingebrachten Initiativentschließung E 101a zur Mitbestimmung, die vom Gewerkschaftstag einstimmig angenommen wurde, stellt sich die IG Chemie hinter den Beschluß des DGB-Kongresses zur Mitbestimmung. Der Hauptvorstand soll mit Nachdruck diese Zielsetzungen verfolgen und die Öffentlichkeit über die Notwendigkeit der Mitbestimmung aufklären. Im einzelnen wird die Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes und die Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung auf die großen Kapitalgesellschaften aller Wirtschaftszweige verlangt. Dafür sollen die Parteien gewonnen werden.

Beschlüsse des Gewerkschaftstages

Vietnam — E 158

Die Delegierten des Gewerkschaftstages der IG Chemie-Papier-Keramik verurteilen den Krieg in Vietnam. Sie protestieren dagegen, daß nun auch die Bundesregierung von den USA aufgefordert wurde, personelle und materielle Hilfe für die Kriegsführung in Vietnam zu leisten.

Die offiziellen Stellungnahmen von Bundesregierung und einzelnen Parteien erwecken den Anschein, als identifizierten sich alle Bundesbürger mit der offiziellen Vietnampolitik der USA.

Im Gegensatz dazu distanzieren sich die Delegierten von derartigen Äußerungen offizieller

Gewerkschaftsvorstand und DGB-Bundesvorstand werden in einem weiteren Beschluß aufgefordert, einen Vorschlag zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes auszuarbeiten.

In zahlreichen weiteren Beschlüssen wendet sich der Gewerkschaftstag gegen Erhards Pläne zur Schaffung einer „formierten Gesellschaft“, gegen eine Mitgliedschaft in der Gewerkschaft bei gleichzeitiger NPD-Zugehörigkeit, gegen wesentliche Passagen des Stabilisierungsgesetzes, die verfehlte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und die fortschreitende Teuerung. Das politische Strafrecht soll reformiert werden, um die Flut von Ermittlungsverfahren und die Diffamierung Unschuldiger einzudämmen. Die Delegierten verlangen geeignete Maßnahmen zur Sicherung der Vollbeschäftigung, zur Verbesserung des Mutterschutz- und des Jugendarbeitsschutzgesetzes sowie zur Einführung der gesetzlichen Lohnfortzahlung für Arbeiter. Die Gewerkschafter fordern Schutz vor Automationsfolgen, eine fortschrittliche Wohnungsgesetzgebung, die Herabsetzung des Wahlalters und des Rentenbezugs-

Im nächsten Heft der NACHRICHTEN bringen wir einen ausführlichen Bericht über die wirtschaftliche, soziale und tarifpolitische Problematik, die auf dem 7. Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik eine Rolle spielte. — Siehe auch den Wortlaut von Entschlüssen.

alters, ferner die Fortführung der bisherigen Tarifpolitik.

Es war ein ungewöhnlich arbeitsreicher Gewerkschaftstag, der über den Bereich der eigenen Organisation hinaus allen Gewerkschaftern, aber auch den Politikern, wertvolle Anregungen gegeben hat. Die ganze Kraft der Organisation wird jetzt der Realisierung der Beschlüsse gelten. G. S.

Politiker und lehnen jegliche Unterstützung ab, die geeignet ist, den Krieg in Vietnam fortzusetzen. Sie fordern daher im Sinne des Artikels 26 GG die Bundesregierung und die Parteien auf, mit allen Mitteln auf die sofortige Einstellung des Krieges zu dringen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß

1. die kriegsrischen Auseinandersetzungen auf beiden Seiten eingestellt werden,
2. Verhandlungen zwischen den USA, der süd-vietnamesischen Regierung und der FNL (Vietcong) aufgenommen werden mit dem Ziel, den Krieg zu beenden,

3. Abzug aller am Vietnamkrieg beteiligten Sirkkräfte,

4. die Einheit Vietnams durch freie Wahlen, wie sie die Genua Konferenz von 1954 vorschreibt, wieder hergestellt wird.

Abrüstung — E 153

Die Delegierten wenden sich gegen die atomare Gefahr und das atomare Weltwüten in Ost und West. Sie fordern die Bundesregierung und die politischen Parteien auf, eigene Abrüstungsinitiativen zu entwickeln und auf atomare Ausrüstung der Bundeswehr endgültig zu verzichten. Der Plan, an der Zonengrenze oder anderswo Sperrgürtel durch Atomminen zu errichten, darf nicht verwirklicht werden. Die militärische Vorbereitung auf einen Atomkrieg ist kein Mittel zur Verhinderung des Krieges und zum Überleben, sondern eine Vorbereitung zum Selbstmord.

Die Ereignisse in aller Welt — besonders der Krieg in Vietnam — beschwören immer wieder die Gefahr eines allgemeinen Konfliktes herauf. Der Frieden der Welt kann nur erhalten und die Gefahr atomarer Zerstörung nur dann gebannt werden, wenn alle Krisen und Spannungssherde beseitigt und keine Atomwaffen mehr hergestellt, weitergegeben und benutzt werden.

Deshalb fordern die Delegierten die Vernichtung aller Kernwaffenvorräte in Ost und West, eine allgemeine international kontrollierte Abrüstung, eine Aktivierung der Öffentlichkeit und verstärkte gewerkschaftliche Anstrengungen im Kampf gegen die atomare Gefahr. Sie begrüßen jede demokratische Initiative, welche die Öffentlichkeit auf die lebensbedrohliche weltpolitische Lage aufmerksam macht.

Verzicht auf militärische

Gewaltanwendung — E 160

Die Delegierten des 7. Ordentlichen Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik fordern von den führenden Politikern in Ost und West, auf die militärische Gewaltanwendung als Mittel der Politik zu verzichten. Es gibt weder einen gerechten Krieg noch ist der Krieg ein Mittel zur Lösung politischer Probleme.

Notstandsgesetzgebung — 168

Die Delegierten begrüßen die Annahme der Entschließung E 16 zur Notstandsgesetzgebung durch den DGB-Bundeskongreß vom Mai 1966 in Berlin. Sie stellen mit Genugtuung fest, daß die Bundesregierung mit ihrer seit Jahren verfolgten verfassungsändernden Notstandsgesetzgebung und der Einführung eines allgemeinen Dienstpflicht bisher nicht zum Ziele gekommen ist.

Die Delegierten fordern den Hauptvorstand und alle gewerkschaftlichen Gremien auf, sich mit Nachdruck gegen alle Bestrebungen zu einer Verfassungsänderung auszusprechen. Der gewerkschaftliche Standpunkt ist zu aktuellen Anlässen in der Öffentlichkeit durch Kundgebungen zu begründen und zu demonstrieren.

Außerdem muß für eine genaue Beobachtung der Entwicklung und für eine ausführliche Information aller Gewerkschaftsmitglieder gesorgt werden. Alle notwendigen Maßnahmen müssen organisatorisch vorbereitet werden.

In Übereinstimmung mit der Entschließung E 16 des DGB-Bundeskongresses lehnen auch die Delegierten ebenfalls weiterhin jede Notstandsgesetzgebung ab, welche die demokratischen Grundrechte einschränkt und besonders das Versammlungs-, Koalitions- und Streikrecht der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen bedroht.

Sie unterstützen die Auffassung des DGB-Bundeskongresses, nach wie vor eine allgemeine Dienstverpflichtung und die dafür erforderliche Abänderung des Artikels 12 Abs. 2 des Grundgesetzes, der eine allgemeine Zwangsarbeit verbietet, abzulehnen.

Die Delegierten begrüßen ebenso den weiteren Inhalt der Entschließung E 16 des DGB-Bundeskongresses und fordern den Hauptvorstand auf, auch die übrigen Gewerkschaften des DGB darauf hinzuweisen, daß nach § 3 Abs. 4 der Satzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes alle Gewerkschaften des DGB an solche Beschlüsse gebunden sind.

In Auswirkung dieser bindenden Satzungsbestimmungen kann es nach Meinung der Delegierten keine abweichenden Beschlüsse auch innerhalb einzelner Gewerkschaften des DGB zu dieser Frage geben.

Deutschlandpolitik — J 190 a

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik wendet sich erneut gegen die widerrechtliche Teilung Deutschlands und des deutschen Volkes. Er bekräftigt den Initiativantrag Nr. 16 des 7. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB, in dem die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit zu einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat gefordert wird. Grundlage für die Wiedervereinigung muß das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen sein.

Die Delegierten bedauern aufs tiefste, daß der von der SPD angerebte Rednaraustausch mit der SED nicht zustande gekommen ist.

Die neuerlichen Versuche, die entstandene Situation durch Einzelkontakte zu verschleiern und zu umgehen, müssen zurückgewiesen werden. Solche Gespräche können niemals ein Ersatz für die politische Konfrontation auf höchster Ebene sein. Die Delegierten vertreten aber die Auffassung, daß bloßes Beharren auf noch so begründeten moralischen, rechtlichen und demokratischen Grundsätzen nicht ausreicht. Erleichterungen für die Bevölkerung Mitteleuropas und die Bewohner Berlins sind nur durch eine Verstärkung der Politik der kleinen Schritte möglich.

Die Delegierten begrüßen die vom Kollegen Gefeller auf dem Gewerkschaftstag ergriffene Initiative und sehen in der erfolgten Antwort sowie in den Worten Willy Brandts Ansatzpunkte, die Gespräche wieder aufzunehmen.

Die Delegierten beauftragen den Hauptvorstand, zu prüfen, wie die IG Chemie-Papier-Keramik in dieser neuen politischen Situation ihre Mittel und Möglichkeiten sinnvoll nutzen kann. Wir brauchen geistige Auseinandersetzungen mit kommunistischen Funktionären nicht zu scheuen. Die Delegierten erwarten, daß ihre Gewerkschaft mit dazu beiträgt, Schritte zur Wiedervereinigung in der festgefahrenen Deutschlandpolitik zu gehen.

Ostpolitik — E 207

Die Delegierten des 7. Ordentlichen Gewerkschaftstages sind der Auffassung, daß es an der Zeit ist, im Zuge der sich vollziehenden welt politischen Entwicklungen die Möglichkeiten zu überprüfen, eigene Beiträge zu einer Politik der Entspannung zu leisten.

Dazu gehört, daß die hier und da bereits in Ansätzen bestehenden gewerkschaftlichen Kontakte zu den Ostblockländern, wo immer sich die Gelegenheit bietet, verstärkt werden müssen. Es muß zu erreichen sein, daß der freie Austausch von Gedanken intensiviert wird, und daß sich die arbeitenden Menschen aller Länder ein eigenes und nicht von Dritten vorgezeichnetes Bild von den tatsächlichen Verhältnissen in den Ländern der Gesprächspartner erarbeiten können. Das wird unter anderem dazu beitragen, daß die bislang in den Ostblockländern bestehenden Vorurteile gegen die Bundesrepublik und ihre Gewerkschaften korrigiert werden können.

Der Hauptvorstand wird beauftragt, Initiativen zu ergreifen, um gewerkschaftliche Begegnungen mit Ländern des Ostblocks alsbald zu ermöglichen.

Dem Hauptvorstand obliegen alle Koordinierungsmaßnahmen.

Internationale

Zusammenarbeit — 187

Die Delegierten des Gewerkschaftstages stellen mit großer Sorge fest, daß die Konzentration der Macht einiger Großunternehmen und Wirtschaftsverbände in den EWG-Staaten immer weiter verstärkt wird. Dieser Machtkonzentration der Industrie muß unbedingt eine koordinierte Politik der Gewerkschaften der EWG-Staaten entgegengesetzt werden.

Der Hauptvorstand wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß mit allen Gewerkschaften in den EWG-Staaten eine verstärkte Zusammenarbeit in den wichtigen Fragen erfolgt.

Gewerkschaften und Parteien — E 141

Demokratische Parteien und unabhängige Gewerkschaften gehören zu den wichtigsten Garantien jeder freien Gesellschaft. Die Existenz freier Gewerkschaften ist mit der Existenz der Demokratie unlösbar verknüpft.

Die Gewerkschaften können und werden nicht darauf verzichten, in Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften die Weiterentwicklung

der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zu beeinflussen. Können doch die Bemühungen der Gewerkschaften, den Arbeitnehmern den Platz in der Gesellschaft zu verschaffen, der ihrer Leistung und ihrer menschlichen Würde entspricht, durch politische Entscheidungen unterstützt, aber auch behindert werden.

Diese Tatsache bestimmt das Verhältnis sowohl der Gewerkschaften als auch des einzelnen Gewerkschaftsmitgliedes zu den politischen Parteien.

Gewerkschaftliche Forderungen an die Politik haben nur dann die Aussicht, erfüllt zu werden, wenn die Gewerkschaftsmitglieder auch in ihrer Eigenschaft als Staatsbürger für sie eintreten.

Die Delegierten des 7. Ordentlichen Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik appellieren deshalb an jedes einzelne Gewerkschaftsmitglied,

durch aktive Mitarbeit in den demokratischen Parteien auf deren Programme und praktische Entscheidungen Einfluß zu nehmen,

durch überlegte Wahlentscheidungen den politischen Parteien vor Augen zu führen, daß die Arbeitnehmer registrieren, ob und wie ihre Ansprüche von den Politikern respektiert werden.

Die Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik wird auch in Zukunft nicht darauf verzichten, die Interessen ihrer Mitglieder in voller Unabhängigkeit auch gegenüber Regierungen und Parlamenten wahrzunehmen und ihre Forderungen mit allen demokratischen Mitteln hart und konsequent zu vertreten.

NPD-Verbot

und Mitgliedschaft — E 142 a

Die Delegierten des 7. Ordentlichen Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik unterstützen uneingeschränkt den auf dem 7. Ordentlichen Bundeskongreß des DGB in Berlin beschlossenen Initiativantrag I 11. Sie bringen insbesondere sehr deutlich zum Ausdruck, daß die Zugehörigkeit zur NPD unvereinbar ist mit der Mitgliedschaft in unserer Industriegewerkschaft.

Den Verwaltungsstellen-Vorständen, dem Hauptvorstand und dem Beschwerdeausschuß unserer Organisation möge dieser Beschluß als Arbeits- und Entscheidungsgrundlage dienen.

SDS intensiviert Gewerkschaftsarbeit

Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften soll intensiviert werden — dies ist einer der wesentlichsten Beschlüsse der 21. ordentlichen Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), die am ersten Wochenende im September traditionsgemäß in Frankfurt/Main abgehalten wurde.

Die Anregung dazu war von der Frankfurter SDS-Gruppe gekommen. Danach soll beim Bundesvorstand ein Gewerkschaftsreferat eingerichtet werden, um zwischen der Zentrale und den einzelnen Gruppen des SDS gewerkschaftliche Informationen auszutauschen, die Politik des SDS gegenüber den Gewerkschaften theoretisch vorzuklären und als praktische Handreichung zu formulieren. Des weiteren soll einmal jährlich ein SDS-Seminar über gewerkschaftspolitische Fragen durchgeführt werden.

Die einzelnen SDS-Gruppen sollen in Zusammenarbeit mit gewerkschaftlichen Studentengruppen und mit nicht-studentischen Gewerkschaftsorganisationen für gezielte Aufklärung über die Lage der Arbeiter und Angestellten

Mitbestimmung — E 101 a

Die Delegierten des 7. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Chemie-Papier-Keramik begrüßen die vom Hauptvorstand ergriffene Initiative zur Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung, die ihren Höhepunkt in der Kundgebung vom 6. Oktober 1965 in der Dortmunder Westfalenhalle fand. Die Initiative des Hauptvorstandes hat den Anstoß zu einer neuen Aktivierung der Mitbestimmungsdiskussion in den Gewerkschaften und in der Öffentlichkeit gegeben.

In den Gewerkschaften fand diese Diskussion ihren Niederschlag in dem vom 7. Bundeskongreß des DGB einstimmig angenommenen Antrag (Nr. 166), in dem es heißt, daß der mitbestimmende Einfluß der Arbeitnehmer sich am Arbeitsplatz selbst, im Betrieb, im Unternehmen, in der industriellen Produktion auswirken soll. Daher fordert der DGB-Kongreß eine Neuformulierung des Betriebsverfassungsgesetzes, bei der insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung und die technische Umstellung und neue Arbeitsmethoden in die Mitbestimmung einzubeziehen sind; eine Ausschließung der qualifizierten Mitbestimmung auf die großen Kapitalgesellschaften aller Wirtschaftszweige; daß für die Großunternehmen, die nicht in der Rechtsform der Kapitalgesellschaften betrieben werden, der Gesetzgeber im Zusammenhang mit der Reform des Unternehmensverfassungsrechts die Voraussetzungen zur Einführung der qualifizierten Mitbestimmung schafft. ...

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftstag fordert den Hauptvorstand auf, seine Bemühungen zur Durchsetzung der Mitbestimmung fortzusetzen und von den Abgeordneten des Bundesgesetzes und den Parteien eine Stellungnahme zur Mitbestimmung zu verlangen. Der DGB muß sich mit allen Kräften verbunden, die bereit sind, sich für das Ziel einzusetzen, durch eine moderne Unternehmensverfassung die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und die Wahrung des öffentlichen Interesses in den Großunternehmen sicherzustellen. Alle Mittel der öffentlichen Wirksamkeit müssen genutzt werden, um eine breitere Öffentlichkeit von der Notwendigkeit unserer Forderungen zu überzeugen, damit sich im Bundestag eine Mehrheit für die erforderliche Gesetzgebung findet. (Auszug)

Betriebsverfassungsgesetz — E 332

Der Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik und der Bundesvorstand des DGB werden aufgefordert, einen Vorschlag zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes auszuarbeiten.

ten und über die Gewerkschaftspolitik unter den Studenten sorgen. Im Mittelpunkt dessen soll die Forderung nach Mitbestimmung als Antwort auf die „Formierungs“-Tendenzen der westdeutschen Gesellschaft stehen. Außerdem soll dem Problem außerparlamentarischer Opposition besonderes Augenmerk gewidmet werden.

An der diesjährigen Delegiertenkonferenz des SDS nahmen etwa 100 Personen teil. 51 Delegierte repräsentierten 28 Gruppen; die Hälfte der Delegierten vertrat die Gruppen West-Berlin, München, Köln und Frankfurt. Außer Beobachtern von politischen Studentenverbänden der Bundesrepublik nahmen als Gäste Vertreter sozialdemokratischer, linkssozialistischer und kommunistischer ausländischer Studenten- und Jugendorganisationen teil. Der SDS führt die Geschäfte des im Frühjahr gegründeten Westeuropäischen Studentenkomitees für den Frieden in Vietnam.)

Zahlreiche SDS-Mitglieder sind bereits seit Jahren in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit aktiv tätig. (SZ)

Mitbestimmen durch Tarifvertrag?

Kampf um betriebliche Mitbestimmung wird intensiviert

6. IG Metall-Konferenz für Vertrauensleute und Betriebsräte

Die gewerkschaftliche Forderung nach Mitbestimmung impliziere die Erkenntnis vom Klassencharakter unserer Gesellschaft. Wer Mitbestimmung fordere, müsse die Erfahrung gemacht haben, daß es in der Wirtschaft Herrschende und Beherrschte gebe. Diese These zog sich als sichtbarer Faden durch das Referat Prof. Dr. Peter von Oertzens auf der 6. Konferenz der IG Metall für Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder. Die Konferenz, die am 13. September mit einer Rede Otto Brenners vor rund 900 Delegierten und Gästen in Karlsruhe eröffnet wurde, beschäftigte sich vorwiegend mit Aspekten der betrieblichen Mitbestimmung und der damit verbundenen Tätigkeit der Gewerkschaftsfunktionäre im Betrieb. Sie hat in zweitägiger Debatte wichtige Erkenntnisse für die weitere gesellschafts- und tarifpolitische Arbeit der IG Metall hervorgebracht.

Schon in der kurzen Begrüßungsansprache ging das Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Metall, Fritz Strothmann, ohne Umschweife auf das Problem los, als er die Parteien aufforderte, nach den vielen Bekenntnissen zur Mitbestimmung, vor allem in der SPD, jetzt endlich mit Taten aufzuwarten. Auch der IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner betonte in seiner Eröffnungsrede die Notwendigkeit der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Betrieb und Gesellschaft für die demokratische Gestaltung des Staatswesens.

Brenner legte für die nächsten Schritte auf diesem Wege den Akzent auf die Ausdehnung von Mitbestimmungsrechten im Betrieb, am Arbeitsplatz. Diese Seite der gewerkschaftlichen Aktivität sei in den letzten Jahren etwas zu kurz gekommen. Brenner warf bei dieser Gelegenheit einen interessanten Gesichtspunkt in die Debatte, als er sagte, es müsse in Zukunft möglich werden, Führungskräfte der Wirtschaft auf Zeit zu wählen, um sie — wenn sie ihre Macht mißbrauchten — auch abberufen zu können.

Dr. von Oertzen, der in Hannover als Professor für politische Wissenschaften lehrt, machte in seinem „Die betriebliche Mitbestimmung — eine gesellschaftspolitische Aufgabe“ beteiligten Referat ebenfalls die Objekte dieser den Arbeitnehmern am nächsten liegenden Mitbestimmungsform sichtbar: „Die Regelung der Bandgeschwindigkeit und der Einsatz von Springern, die Fragen der Arbeitsplatzbewertung und des Leistungslohnes, Auswahl und Arbeitsstil der betrieblichen Vorgesetzten und die soziale Betreuung der Belegschaft; das alles sind Probleme, die ... der betrieblichen Mitbestimmung unterliegen können und oftmals auch praktisch unterliegen.“

Mit dieser Skizzierung des Mitbestimmungsinhaltes am Arbeitsplatz und von Brenner angedeuteten Einflußnahme auf die wirtschaftlichen Führungskräfte, deren Funktion demokratischen Spielregeln zu unterwerfen ist, wird bereits die ganze Breite der

Skala betriebs- und unternehmensbezogener Mitbestimmung durch die Arbeitnehmer sichtbar. Es kann kein Zweifel bestehen, daß eine so beschaffene Mitbestimmung geeignet ist, die zur Zeit noch hierarchische Betriebsordnung zu demokratisieren, zu vermenschlichen.

Wenn man sich in den Gewerkschaften auch weitgehend in dieser Zielstellung einig zu sein scheint, so gibt es doch in der Beurteilung des zu wählenden Weges dorthin keine sichtbare Einmütigkeit. Die einen, wie z. B. die IG Chemie-Papier-Keramik, vertreten die Auffassung, daß erst der Gesetzgeber den Weg bereiten müsse, um wesentliche Mitbestimmungserfolge erzielen zu können. Andere, wie auf der Betriebsrätekonferenz der IG Metall deutlich wurde, sind der Meinung, daß Tarifverträge und Gesetzgeber gleichzeitig eingeschaltet werden müssen, um dieses erstrangige gesellschaftspolitische Anliegen der Arbeitnehmer mit Erfolg zu vertreten. Der tarifvertragliche Weg schließt den gesetzgeberischen nicht aus und umgekehrt. Wenn zur Zeit das Kräfteverhältnis im Bundestag, wie schon in den zurückliegenden 17 Jahren, einem brauchbaren Mitbestimmungsgesetz geringe Chancen zubilligt, nicht zuletzt, weil auch die SPD sich sehr zurückhaltend gibt, so sind die Gewerkschaften erst recht gehalten, alle Möglichkeiten zur Durchsetzung von Mitbestimmungsfunktionen zu nutzen.

Prof. von Oertzen kennzeichnete in diesem Zusammenhang die Lage so: „Die festeste und bewährteste rechtliche Form, um neue Rechte der Arbeitnehmer sicher zu verankern und zu verteidigen, ist unzweifelhaft der Tarifvertrag.“ Die Frage, ob er sich auch auf betriebsverfassungsrechtliche Gegenstände anwenden und damit für eine Ausdehnung der betrieblichen Mitbestimmung nutzbar machen lasse, beantwortete von Oertzen „mit einem klaren Ja“. Im übrigen liege ein solcher Versuch ja wohl auch auf der Linie der von der IG Metall schon seit langem propagierten betriebsnahen Tarifpolitik.

Einen zweiten, mit der Mitbestimmung eng verknüpften Fragenkreis bildeten die rechtliche Stellung und die Aufgaben der gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Betrieb. Vor allem in den fünf Arbeitsgruppen schilderten die Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder die Schwierigkeiten, mit denen sie täglich im Betrieb zu kämpfen hätten. Es werde immer von den ungenutzten Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes geredet, lautete der Tenor zahlreicher Diskussionsbeiträge, und neuerdings hätten auch die Unternehmer den „Wert“ des BVG für die Mitbestimmung entdeckt, aber Tatsache sei, daß dieses Gesetz in seiner gegenwärtigen Fassung ungeeignet sei, eine ausreichende Interessenvertretung für die Arbeitnehmer und genügenden Schutz für die gewerkschaftlichen Vertrauensleute zu gewährleisten.

Fritz Strothmann teilte mit, daß Betriebsratsmitglieder entlassen worden sind, weil sie bis an die Grenze des Betriebsverfassungsgesetzes gingen, also das Gesetz ausgeschöpft haben — genau das, was die Unternehmerverbände heute aus Angst vor der Mitbestimmung empfehlen. Sowohl Strothmann als auch die Diskussionspartner verlangten die längst fällige Novellierung des BVG, um es auf den für eine demokratische Betriebsverfassung und die ungehinderte Arbeit der Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder erforderlichen Stand zu bringen. Die Forderung von Prof. von Oertzen, daß es notwendig sei, nicht nur die rechtliche Stellung des Vertrauensmannes im Betrieb zu festigen, sondern diese Fixierung im Rahmen einer allgemeinen Absicherung und Anerkennung gewerkschaftlicher Präsenz im Betrieb vorzunehmen, war in den Diskussionen um Rolle und Rechte des Vertrauensmannes ein wesentlicher Gesichtspunkt.

Die Vertrauensleute sind in der Praxis die wichtigsten Organe der Gewerkschaft im Betrieb. Sie repräsentieren die Gewerkschaft gegenüber der Belegschaft, sie sind zugleich der wesentlichste Stimmungsanzeiger der Belegschaft gegenüber der Gewerkschaft. Das macht deutlich, warum die IG Metall so großen Wert auf gut funktionierende Vertrauenskörper legt. So wurde auf der Konferenz Kritik an der noch ungenügenden Arbeit der 4665 Vertrauensleutkörper geübt, die in der Metallwirtschaft der Bundesrepublik bestehen. Mit der Karlsruher Konferenz wurde zugleich die Kampagne „100 Tage Maßarbeit“ begonnen, an deren Ende im kommenden Frühjahr die Vertrauensleutewahlen stehen. Im Verlaufe von hundert Arbeitstagen soll die Vertrauensleutearbeit wesentlich verbessert werden.

Die weiteren Probleme der Konferenz, die ebenfalls eine ausführlichere Darstellung verdienten, wie etwa die gefährdete qualifizierte Mitbestimmung in der eisenschaffenden Industrie, können hier nur noch angedeutet bzw. in späteren Artikeln, z. B. zu der An-

regung betrieblicher Arbeitspläne für Betriebsräte, besprochen werden. Es muß hervorgehoben werden, daß weder Referenten noch Delegierte irgendwelchem Zweifel über den Charakter der gesellschaftlichen Wirklichkeit unterlagen. Den Referaten und Diskussionsbeiträgen lag die Erkenntnis zugrunde, daß wir es in der Bundesrepublik noch immer mit einer Klassengesellschaft zu tun haben. Aus eben dieser Tatsache resultiere ja die Forderung nach Mitbestimmung. Von betrieblichen Gewerkschaftsfunktionären wurde mehrfach der Wunsch vorgebracht, das gewerkschaftliche Schulungsprogramm möge die Kollegen nicht nur mit tarifrechtlichem und beruflichem Sachwissen ausstatten, sondern ihnen darüber hinaus das ideologische Rüstzeug vermitteln, um besser mit der kapitalistischen Umwelt fertig zu werden.

Otto Brenner benutzte in seinem Referat die Gelegenheit, um nochmals die unverändert ablehnende Haltung der IG Metall zur Notstandsverfassung zu betonen. Kritisch setzte er sich auch mit dem Entwurf des Stabilisierungsgesetzes auseinander, das dem Bund überwiegend Ermächtigungen in die Hand gebe und die negativen Folgen verfehlter Wirtschafts- und Finanzpolitik auf die Arbeitnehmer abwälzen solle.

In einer Entschliebung zur allgemeinen Gewerkschaftspolitik wird festgestellt: „Die sogenannte Stabilisierungspolitik zielt vor allem auf die Stabilität der Gewinne und die Sicherung der Unternehmerpositionen auf Kosten der Arbeitnehmer... Der Verdacht wird immer stärker, daß Bundesregierung und Bundesbank mit ihrer Politik die Bildung einer industriellen Reservearmee, die künstliche Erzeugung von Arbeitslosigkeit, anstreben, um die Kampfkraft der Gewerkschaften zu schwächen.“

In der Entschliebung zur Mitbestimmung fordert die Konferenz für Vertrauensleute und Betriebsräte eine Neufassung des BVG mit dem Ziel, die Mitbestimmung insbesondere bei Entscheidungen über die wirtschaftliche Entwicklung und die technische Umstellung eines Betriebes festzulegen. Die qualifizierte Mitbestimmung sei auf alle Großunternehmen auszudehnen.

Fritz Strothmann hat in seinem Schlußwort noch einmal allen Teilnehmern der Tagung skizziert, worauf es in der weiteren gewerkschaftlichen Arbeit ankommt; seinen Worten kann man sich nur anschließen: „Eine neue Form der Produktionsorganisation und -verteilung ist erforderlich. Solange die notwendige Rationalisierung und Konzentration soziale Opfer hinterlassen, ist das innere Gefüge dieser Wirtschaftsordnung nicht in Ordnung und provoziert weiter soziale Klassenkämpfe. Es geht uns bei dieser strukturellen Veränderung gleichzeitig um die soziale Durchorganisation der Gesellschaft.“ Sb.

5. NGG-Gewerkschaftstag

Alfred Schattanik trat aus Altersgründen zurück

Neuer Vorsitzender wurde Herbert Stadelmaier

Seinen letzten Rechenschaftsbericht gab der scheidende Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG), Alfred Schattanik, den 204 stimmberechtigten Delegierten des 5. ordentlichen Gewerkschaftstages in der Bremer Stadthalle. Zu seinem Nachfolger wählten die Gewerkschaftsdelegierten den bisherigen Zweiten Vorsitzenden, Herbert Stadelmaier. Alfred Schattanik gab seinen Vorsitz aus Altersgründen ab. Mit ihm trat ein Mann aus den Reihen der aktiv tätigen Gewerkschafter, der sich stets um das sachlich Richtige bemühte und nüchtern und ohne große Worte seine schwierige Aufgabe als Vorsitzender einer Gewerkschaft erfüllte, die in einem Wirtschaftsbereich tätig ist, der nicht gerade den besten Platz unter der Konjunktursonne innehat.

Die Wahl des neuen Vorsitzenden war aber nur eine der Entscheidungen, die von den Delegierten getroffen werden mußten. Daneben gab es ein beachtliches Pensum Arbeit zu erledigen, um die Richtlinien für die gewerkschaftspolitische Tätigkeit in den nächsten vier Jahren festzulegen. Neben den Problemen, die die Rationalisierung im Nahrungsmittel- und Gaststätten-gewerbe aufwerfen, waren es vor allem die Fragen der Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen, der Sicherheit am Arbeitsplatz, der Ausweitung sozialer Rechte und Leistungen sowie der Frauen-, Jugend- und Angestelltenarbeit, zu denen der Gewerkschaftstag zahlreiche Beschlüsse faßte.

Einen bedeutenden Rahmen nahmen darüber hinaus die Diskussionen über die Fragen zeitgemäßer Reformen der Gewerkschaftsorganisation, der allgemeinen Gewerkschaftspolitik, der Ostkontakte, der Deutschlandpolitik, der Fragen der Sicherung und Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Demokratie, und nicht zuletzt auch der akuten Fragen um das sogenannte Stabilisierungsgesetz ein.

Fast einstimmig sprachen sich die Delegierten dafür aus, an dem Beschluß des DGB-Kongresses gegen die Notstandsgesetzgebung festzuhalten und den Bundesvorstand in seiner ablehnenden Haltung zu unterstützen. Dabei forderten die Delegierten, zu allen aktuellen Anlässen diesen ablehnenden Standpunkt in der Öffentlichkeit zu begründen.

Der Gewerkschaftstag bekannte sich eindeutig zu dem Recht und zu der Verantwortung, die von den Gewerkschaften für die politische Entwicklung in der Bundesrepublik getragen werden müsse. Einstimmig wurde der Hauptvorstand beauftragt, dem Beispiel der Gewerkschaft OTV zu folgen und einen Austausch von Delegationen mit den Gewerkschaften der osteuropäischen Länder anzubahnen. „Es ist besser“, so heißt es in dem Beschluß, „miteinander zu sprechen, als gegenseitige Vorurteile zu züchten.“

Leider ließ die Mehrheit der Delegierten diesen vernünftigen Grundsatz

nicht auch in bezug auf die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften in den beiden Teilen Deutschlands gelten. Ein Antrag der Ortsverwaltung Stuttgart, die Voraussetzungen für einen Redneraustausch auf Gewerkschaftsversammlungen in beiden Teilen Deutschlands zu schaffen, verfiel der Ablehnung, während ein Antragsentwurf der Ortsverwaltung Hamburg zum gleichen Thema angenommen wurde, obwohl er, wie es einer der Delegierten nannte, aus dem „Arsenal des kalten Krieges“ zu kommen schien. Beide Beschlüsse erfolgten jedoch nach sehr sachlichen und leidenschaftlichen Aussprachen gegen eine starke Minderheit von rund 50 Delegierten.

Abgelehnt wurde von den Delegierten das sogenannte Stabilisierungsgesetz der Bundesregierung. Einstimmig erklärte dazu der Gewerkschaftstag, daß die Stabilität der Deutschen Mark nicht von den Löhnen oder der Arbeitszeitverkürzung in Gefahr gebracht würde, sondern vielmehr von den ins Maßlose gesteigerten Staatsausgaben, und hier in erster Linie von den Rüstungsausgaben.

Der Gewerkschaftstag bekräftigte weiterhin den Beschluß des 7. DGB-Kongresses über die Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit zur NPD mit der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft und forderte darüber hinaus durch ein Gesetz, die Propagierung von Rassen- und Völkerhaß unter strenge Strafe zu stellen. Weiter setzten die Delegierten sich für die gewerkschaftliche Forderung auf Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung ein und forderten den Ausbau und die Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes.

Aus dem Geschäftsbericht, der den Delegierten vorlag, geht hervor, daß die NGG im letzten Jahr rund 40 000 Mitglieder verloren hat. Das ist zweifellos ein Alarmsignal, und es ist verständlich, daß der Gewerkschaftstag nach Methoden suchte, um die Mitgliedschaft in der NGG für die Arbeitnehmer interessanter zu machen. Ob jedoch die Besserstellung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer gegenüber den unorganisierten ein geeignetes Mittel ist, mag dahingestellt sein. A.B.

Zwangsreglement für die Wirtschaft

Gefährliche Eingriffe in Länder- und Tarifautonomie

Was will das sogenannte Stabilisierungsprogramm?

Der Bundestag hat die erste Lesung der Stabilisierungsgesetze hinter sich. Wer die Diskussion am Fernsehschirm verfolgte in dem Glauben, Klarheit über den Inhalt und die Konsequenzen der Gesetzentwürfe gewinnen und sich ein Bild darüber machen zu können, welche Alternative die Opposition zu dem Regierungsvorschlag darzubieten hat, wurde enttäuscht. Es wurde zwar viel geredet, aber mit wenigen Ausnahmen trafen die Reden nicht den Kern der Dinge, und von einer Alternative der Opposition zur Wirtschaftsstabilisierung, wie sie sich die Erhard-Regierung vorstellt, war nichts zu hören.

Die SPD-Fraktionsführer kritisierten zwar an dem Gesetz herum und attackierten den Bundeskanzler, aber sie unterließen es nicht, zu erklären, daß sie grundsätzlich bereit seien, den Stabilisierungsgesetzen zuzustimmen, wenn einige ihrer Forderungen dabei Berücksichtigung fänden. Dabei ist es offensichtlich, daß mit den Gesetzentwürfen weniger die Wirtschaft als die antiquierte Rüstungspolitik der CDU/CSU-Regierung und ihr Kanzler Erhard „stabilisiert“ werden sollen, und das zweifellos allein auf Kosten der Lohn- und Gehaltsempfänger.

Was aber will die Bundesregierung mit ihrem Stabilisierungsprogramm durchsetzen? Nach ihren eigenen Angaben handelt es sich darum, das wirtschaftspolitische Instrumentarium zu vergrößern, um wirksamer in die wirtschaftliche Entwicklung eingreifen zu können. Dabei soll die Finanzpolitik der öffentlichen Hand künftig auf die Lage der Gesamtwirtschaft abgestimmt und der Bundeshaushalt auf der Grundlage mehrjähriger Finanzpläne aufgestellt werden, um in Zeiten der Hochkonjunktur Steuergelder bei der Bundesbank festzulegen, die bei nachlassender Konjunktur zur Stützung verwandt werden können. Weiter sollen Art und Ausmaß der gesamten öffentlichen Verschuldung durch die Bundesregierung gesteuert werden.

Um gleichzeitig auch die Privatwirtschaft entsprechend beeinflussen zu können, wird verlangt, der Bundesbank das Recht zu geben, die Höhe der Bankkredite zu begrenzen und durch Veränderung der steuerlich zulässigen Abschreibungssätze auf Maschinen und Ausrüstungsgegenstände die Investitionstätigkeit, je nach der wirtschaftlichen Situation, anregen oder bremsen zu können.

Das Recht zu einschneidenden Eingriffen in die Finanzhoheit der Länder und Gemeinden will sich die Bundesregierung dabei durch eine Änderung des Grundgesetzes verschaffen, und zwar soll der Artikel 109 geändert werden, der die finanzpolitische Unabhängigkeit der Länder sicherstellt. Wird diese Forderung der Bundesregierung vom Bundestag gebilligt, wird dem föderalistischen Aufbau der

Bundesrepublik ein empfindlicher Stoß versetzt. Verfassungsexperten sind sich klar darüber, daß eine derartige Grundgesetzänderung gegen unabdingbare Postulate unserer Verfassung verstößt.

Die Vorschläge der Sozialdemokratischen Partei gehen von der Voraussetzung aus, daß die Erhard'schen Stabilisierungsgesetze unzureichend seien und ergänzt werden müßten. Professor Schiller, der Redner der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, verlangte u. a. folgende Ergänzungen: Die Bundesregierung soll jährlich eine Vorausschau auf die zu erwartende Wirtschaftsentwicklung ausarbeiten, die die Wirtschaft wirkungsvoller als bisher vor einer importierten Inflation schützen, über einen zentralen Konjunkturrat die Ausgabewirtschaft der öffentlichen Hand und die Kreditvergabe der Banken überwachen sowie den Tarifparteien — um die Lohnentwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lage anzupassen — Orientierungshilfen für ihre Lohnverhandlungen geben.

Besonders dieser letzte Vorschlag muß von den Gewerkschaften entschieden abgelehnt werden, denn durch derartige „Orientierungshilfen“ kann die Bundesregierung die Lohnverhandlungen in einer unerträglichen Weise beeinflussen. Die Gewerkschaften hätten in diesem Falle nicht nur gegen die von den Unternehmern vorgeschobenen Argumente zu kämpfen, sondern gleichzeitig auch gegen die präjudizierende Wirkung der sogenannten Orientierungshilfen der Bundesregierung in der Öffentlichkeit.

Vernünftiger dagegen ist zweifellos die Forderung der SPD, über den Bundestag Anordnungen der Regierung, die auf Grund der Stabilisierungsgesetze erlassen werden, innerhalb von sechs Wochen außer Kraft setzen zu können.

Die Gesetzentwürfe werden nun in den Ausschüssen behandelt, und es wird sich als notwendig erweisen, daß die Gewerkschaften sich ernsthaft damit auseinandersetzen, denn sie bedeuten nichts anderes als Notverordnungs-gesetze für die Wirtschaft. sr

Soziale Demontage

Abbau sozialer Leistungen — das ist die erste Überlegung, wenn es um die Verminderung der Ausgaben geht. Das hat der Kabinettsbeschuß bewiesen, mit dem der Haushaltsausgleich für den Etat des Jahres 1967 von 76,1 Milliarden auf 73,9 Milliarden DM „ausgeglichen“ werden soll. Dazu war vorgesehen, der sozialen Rentenversicherung 1 1/4 Milliarden DM Schuldverschreibungen statt Barzuweisungen zu geben, 110 Millionen DM Zuschüsse zu streichen, 750 Millionen Barreserven bei der Bundesbank stillzulegen und der knappschaftlichen Rentenversicherung 120 Millionen DM aus der Beitragsrücklage zu entziehen. Damit waren allein schon 2,25 Milliarden DM der Haushaltsausgaben in fremde Taschen verlagert.

Doch damit nicht genug: Die Arbeitslosenversicherung sollte den Bundeshaushalt um weitere 560 Millionen DM entlasten, indem sie einen Beitragsanteil von 0,2 Prozent der beitragspflichtigen Lohnsumme an die Krankenkasse zur Finanzierung des Mutterchaftsgeldes abgeben sollte (das waren 330 Millionen DM) und für berufsfördernde Maßnahmen der Mittelschicht 50 Millionen DM sowie weitere 50 Millionen für berufliche Leistungsförderung. Schließlich sollte sie noch 150 Millionen DM Darlehen an den Flüchtlingswohnungsbau geben.

Auch die Unfallversicherung blieb in den Vorschlägen nicht verschont. Die gewerblichen Berufsgenossenschaften sollten im Wege des „Gemeinlastverfahrens“ 140 Millionen DM Bundeszuschüsse für die landwirtschaftliche Unfallversicherung übernehmen. Zu allem kam noch der Abbau des Wohnungsgeldes um 65 Millionen DM, die Verminderung des sogenannten Schülergehalts und die Anrechnung von Nebenverdiensten auf die Versorgungsbezüge im öffentlichen Dienst, die den Haushalt um 120 Millionen DM entlasten sollten. Das waren alles in allem 3,36 Milliarden DM Einsparungen im sozialen Bereich. Aus ihnen könnten die 880 Millionen DM für die Erhöhung der Kriegsofperbezüge, die Bonn verweigert, glatt finanziert werden und dabei dennoch eine Ersparnis von 2,5 Milliarden DM gegenüber den gesetzlichen Haushaltsverpflichtungen ermöglichen.

Zieht man das Resümee aus diesen Vorschlägen zur „Stabilisierung des Bundeshaushaltes“, so ergibt sich, daß die Bundesregierung im wesentlichen den Sozialhaushalt für abbaufähig hält. Alle anderen Bundesausgaben scheinen ihr weitgehend tabu zu sein. So ganz besonders die Milliarden, die für eine nicht nur überflüssige, sondern höchst gefährliche Rüstung verschwendet werden. -le

Landwirtschaft im Spätkapitalismus

Der Staat interveniert zugunsten hoher Konzerngewinne

Leistungssteigerung bei stagnierenden Erzeugerpreisen

Die Entwicklung zum staatsmonopolistischen Kapitalismus hinterläßt auch in der Landwirtschaft der Bundesrepublik ihre Spuren. Sie hat bereits zu produktionstechnischen und soziologischen Veränderungen geführt, deren sichtbarster Inhalt die Massenabwanderung der Bauern in andere Berufswege ist.

Nach Angaben des „Grünen Berichts 1966“ verringerte sich allein die Zahl der ständigen Familienarbeitskräfte in den Betrieben mit 0,5 und mehr Hektar LN (Landwirtschaftliche Nutzfläche) von 4,38 Mill. im Jahr 1950/51 auf rund 2,36 Mill. im Wirtschaftsjahr 1964/65. Dabei blieben die nichtständigen Familienarbeitskräfte unberücksichtigt. Die ständigen Lohnarbeitskräfte verminderten sich im gleichen Zeitraum von 7,35 Mill. auf 2,39 Mill. Rechnet man den vorhandenen Arbeitskräftebestand der landwirtschaftlichen Betriebe mit 0,5 und mehr ha LN in Vollarbeitskräfte um, so ergibt sich ein gegenwärtiger Stand von 1,918 Mill. AK, das sind 15,2 AK/100 ha LN.

Trotz dieses spürbaren Rückgangs ernährt heute ein Bauer 20 Städter gegenüber sechs bis sieben im Jahre 1950. In Getreideeinheiten ausgedrückt heißt das, daß 1950 eine landwirtschaftliche Arbeitskraft 7,9 Tonnen Getreideeinheiten erarbeitete, 1964 aber bereits 23,7 Tonnen. Diese enorme Leistungssteigerung war nur über eine verstärkte Rationalisierung und Mechanisierung der Landarbeit möglich. Zwei Beispiele mögen hierfür genügen: Die Anzahl der Schlepper stieg von 139 000 im Jahr 1950 auf 1,1 Mill. im Jahr 1964. Die Anzahl der Mähdescher erhöhte sich seit 1952 von 2500 auf 120 000 im Jahr 1965, so daß heute mehr als 70 Prozent des Getreides in der Bundesrepublik mit Mähdeschern geerntet wird. Die Mechanisierung kostete die Landwirtschaft in den letzten sechs Jahren rund 14 Milliarden DM.

Mit der so erreichten Produktivitätssteigerung erhöhte die Landwirtschaft nach Angaben des „Grünen Berichts 1966“ ihren Beitrag zum Brutto-Inlandsprodukt im Vergleich zu 1960 um rund 12 Prozent auf 17,8 Mrd. DM; obwohl seit 1949 über 500 000 Bauernbetriebe zur Aufgabe gezwungen und über zwei Millionen Arbeitskräfte die Landwirtschaft verlassen haben. Trotzdem führten alle Anstrengungen und Opfer nicht zu der erhofften Einkommenssteigerung. Im Gegenteil: Der letzte Grüne Bericht weist für 1964/65 einen durchschnittlichen Einkommensabstand zu den Löhnen der gewerblichen Wirtschaft von 2320 DM je Arbeitskraft oder 29 Prozent aus.

Die Einbeziehung der Landwirtschaft in das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus durch administrative und

ökonomische Maßnahmen hat bereits einen hohen Grad erreicht. Das wird deutlich in den detaillierten Bestimmungen der Notstandsgesetze, in den EWG-Marktornungen, im Landbeschaffungsgesetz, im Flurbereinigungsgesetz und besonders im Entwurf eines Marktstrukturfondsgesetzes. Mit Hilfe des Staates wird der Agrarmarkt heute schon fast vollständig zugunsten der Konzerne reguliert und manipuliert.

Jetzt geht das Finanzkapital verstärkt dazu über, sich mit Hilfe der vertikalen Integration und der Schaffung landwirtschaftlicher Großbetriebe auch die landwirtschaftliche Produktion unterzuordnen. Dies nicht etwa deshalb, um billigere Lebensmittel zu erzeugen, sondern um in der Agrarproduktion zusätzliche Extra-Profile zu realisieren. Beherrscht das Finanzkapital über Industrie- und Handelsunternehmen den Agrarmarkt, ist ein Preisdiktat noch drückender als bisher zum Nachteil der Konsumenten zu erwarten.

Das Diktat der Monopole über die Preise der landwirtschaftlichen Produktionsmittel wie auch über die Preise für landwirtschaftliche Produkte wird im Spätkapitalismus zu einem umfassenden System der Ausbeutung der gesamten Bauernschaft. Während sich beispielsweise die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte von 1958 an nur um 6,5 Prozent erhöhten, stiegen die Preise für landwirtschaftliche Produktionsmittel um 15 Prozent. Durch das Preisdiktat wurden mit Unterstützung der Bundesregierung seit 1950 zusätzlich rund 26 Milliarden DM Extra-profit aus der Landwirtschaft herausgeholt.

Das Zusammenwirken von Staat und Finanz- und Industriekonzernen bei der Preisgestaltung zeigt sich besonders deutlich auf dem Düngemittelmarkt. Die drei dominierenden Düngemittelkonzerne BASF, Farbwerke Höchst und Ruhrstickstoff-AG verkaufen die Düngemittel an die Bauern in der Bundesrepublik doppelt so teuer wie auf dem Weltmarkt. Sie erzielen durch die Ausschaltung der internationalen Konkurrenz in der EWG und durch Preisabsprachen einen hohen Monopolpreis. Zur Sicherung dieses Überpreises verhindert die Bundesregierung nicht nur den Re-Import. Sie hat auch bei der EWG eine Verordnung durchgesetzt,

die den Transit billigen Stickstoffdüngers aus sozialistischen Ländern durch andere EWG-Länder in die Bundesrepublik verbietet.

Auf der anderen Seite sind die Industrie- und Nahrungsmittelkonzerne an niedrigen landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen interessiert. Sie üben einen Druck auf die Erzeugerpreise aus, um zu billigen Rohstoffen zu kommen und ihr Lohnkonto zu entlasten. Auch hier schaltet sich der Staat ein. Ein charakteristisches Beispiel für dieses Eingreifen ist der Beschluß zur Getreidepreissenkung und darüber hinaus überhaupt die Regulierung des gesamten Agrarpreisniveaus im Rahmen der EWG. Der Verlust der Bauern durch die Getreidepreissenkung wird sich auf über eine Milliarde DM belaufen. Da der Getreidepreis ein Eckpreis ist, wird sich als Folge das gesamte Erzeugerpreisniveau um 7 Prozent senken. Dies wird jedoch nicht — wie die Entwicklung in der EWG beweist — zu einer Senkung der Verbraucherpreise führen. Im Gegenteil: die bisherige Erfahrung zeigt, daß trotz stagnierender oder zum Teil sogar sinkender landwirtschaftlicher Erzeugerpreise die Verbraucherpreise durch Manipulationen der Verarbeitungs- und Handelskonzerne ständig in die Höhe gingen.

Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus führt dieser Prozeß immer mehr zur Trennung der Bauern von ihren Produktionsmitteln. Um es jedoch nicht zu sozialen Konflikten kommen zu lassen, ist das Monopolkapital mit Hilfe des Staates bestrebt, Zwischenstufen, wie z. B. die vertikale Integration, einzuschalten, um den Prozeß der Liquidierung Tausender Bauernhöfe behutsam zu steuern. Gleichzeitig propagiert die CDU den Familienbetrieb und die breite Streuung des Eigentums. Sie versucht damit das natürliche Streben der Bauern nach Eigentum auszunutzen, um ihren Einfluß auf die Landbevölkerung nicht zu verlieren. Im Gegensatz dazu betreibt sie jedoch in der Praxis eine Politik des Strukturwandels, die nicht zur Stärkung, sondern zur Schwächung der bäuerlich betriebenen Landwirtschaft führt.

Eine Politik des Strukturwandels im Interesse der Landwirtschaft käme nicht unhin, alle Formen der genossenschaftlichen Zusammenarbeit großzügig zu fördern, um die technische Revolution zum Nutzen der Bauern wirksam werden zu lassen. Doch die Regierung kann den Bauern einen solchen Ausweg nicht zeigen, der auch den Arbeitern und Angestellten als große Mehrheit der Konsumenten die Gewähr für eine gesicherte Nahrungsmittelproduktion und für preiswerte Lebensmittel bieten würde.

Sch.

Bei den Löhnen maßgehalten

Arbeitseinkommen stiegen in 15 Jahren um das Zweifache

Aber das Brutto sozialprodukt stieg um das Dreieinhalbfache

Die Behauptung, daß es die steigenden Löhne und Arbeitseinkommen seien, die mit ihrer Nachfrage die Stabilität und die Preise und damit die Währung gefährden, gehört zum eisernen Bestand der Erhard-Reden wie der Unternehmerpresse. Zwar beweist die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für das Jahr 1965, daß diese Behauptung nicht stimmt, aber stets und oft genug wiederholt, verfehlt sie leider ihre beabsichtigte Wirkung nicht. Schließlich dient sie ja auch dazu, die fragwürdigen Stabilisierungsgesetze der Bundesregierung wie auch die Restriktionspolitik der Bundesbank mitzubegründen. Tatsächlich aber sind es gerade die Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger, bei denen — ebenso wie bei den Renten — maßgehalten worden ist.

Nach der vorläufig vollständigen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das Jahr 1965 wurden im vergangenen Jahr für 448,8 Milliarden DM Güter erzeugt und Dienste bereitgestellt, von denen nach Abzug der Abschreibungen und indirekten Steuern 341,8 Milliarden DM sogenanntes Volkseinkommen (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten) verblieben. Davon haben die Arbeitnehmer insgesamt als „Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“ 225,6 Milliarden DM bezogen. Das waren 66 Prozent Anteil am Volkseinkommen.

Man hat diese Zahl von 66 Prozent als einen Rekord bezeichnet. Tatsächlich wurde mit 64,6 Prozent nur im Jahre 1964 ein ähnlich hoher Stand erreicht. Entsprechend ist der Anteil der Unternehmer, oder korrekter ausgedrückt, der Anteil der Einkommen aus Unternehmerstätigkeit und Vermögen zurückgegangen. Dieser Anteil war 1952 mit 42,6 Prozent am höchsten und ist 1965 auf 34 Prozent gesunken. Das stimmt jedoch nur, wenn man die vermögenserhaltenden „Abschreibungen“, die vor der Ermittlung des Volkseinkommens vom Brutto sozialprodukt abgesetzt werden, unberücksichtigt läßt. Daneben sind auch in den Staatseinnahmen, den Steuern, vermögenswirksame, dem Unternehmen zufließende Mittel, zum Beispiel über Subventionen, die dieses statistische Bild verschieben.

Aber auch wenn man das alles unberücksichtigt läßt, sind die 66 Prozent Anteil am Volkseinkommen, die als Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer ausgewiesen werden, keineswegs ihr „Anteil am Sozialprodukt“; denn die 225,6 Milliarden DM sind noch um die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung und um die direkten Steuern (Lohnsteuer) zu reduzieren. Sie vermindern das Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit auf insgesamt 168,2 Milliarden DM.

Setzt man dieses Nettoeinkommen aller Arbeitnehmer in der Bundesrepublik zu der Gesamtsumme der 1965 erzeugten Güter und Dienste, also den 448,8 Milliarden DM des Brutto sozial-

produktes, in Bezug, so ergibt sich ein Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt von 37,4 Prozent. Aus das ist für die Nachkriegszeit ein „Rekord“, denn dieser Anteil hat im Jahre 1950 etwa 35,6 Prozent betragen und sich unter geringen Schwankungen bis 1960 auf 35,3 Prozent gehalten. Er ist erst seit 1960 langsam auf die vorjährige Zahl von 37,4 Prozent gestiegen.

Die Ursachen für diesen ziemlich gleichbleibenden Anteil aller Arbeitnehmereinkommen am Brutto sozialprodukt bei einem Anstieg der Arbeitnehmerzahl von 13,5 Millionen 1950 auf 21,3 Millionen im Mai 1965 — also um 60 Prozent! — erklärt sich einmal aus dem Zurückbleiben der durchschnittlichen Entlohnung pro Beschäftigten hinter der gestiegenen Produktivität und zum zweiten aus den mit dem steigenden Einkommen gleichermaßen steigenden Belastungen wie Steuern und Sozialbeiträge.

Noch im Jahre 1925 hat die durchschnittliche Belastung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit 14,2 Prozent betragen, aber schon 1950 betrug diese Abgabenlast 21,9 Prozent, und sie hat bis 1965 bereits 25,8 Prozent erreicht. (Dabei wäre interessant, festzustellen, in welchem Maße die von Jahr zu Jahr steigenden Rüstungskosten an dieser enormen Erhöhung der steuerlichen Belastung der Arbeitnehmereinkommen Schuld tragen.)

Das durchschnittliche Einkommen je beschäftigten Arbeitnehmer hat im Jahre 1950 nur 2911 DM brutto betragen. Es ist bis zum Jahre 1960 auf mehr als das Doppelte, nämlich auf 6127 DM, gestiegen. Im Jahre 1965 erreichte das durchschnittliche Bruttoeinkommen aller Arbeitnehmer endlich 9281 DM. Es war damit um das Zweifache höher als 1950, aber demgegenüber stieg das Brutto sozialprodukt, das diese Arbeitnehmer erzeugten, im Jahre 1965 um das Dreieinhalbfache des Jahres 1950. In der gleichen Zeit stieg die Abgabenlast auf das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit von 9,3 auf 57,4 Milliarden DM, also um das Sechsfache, und

die Summe der indirekten Steuern plus Abschreibungen von 22,7 Milliarden auf 107 Milliarden DM, d. h. um fast das Fünffache.

Diese nüchternen Zahlen beweisen eindeutig die Haltlosigkeit der Behauptung, daß die „hohen Löhne“ die Währung gefährden, vielmehr sind die Arbeitseinkommen noch immer hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben. -X-

Soziale Forderungen der NS-Verfolgten

Die Koalitionsparteien CDU, CSU und FDP sind gegenüber ehemaligen Trägern, Nutznießern und Handlangern des NS-Unrechtsstaates recht großzügig (s. das 131er-Gesetz). Kleinlich sind sie jedoch, wenn es sich um die Ansprüche der NS-Verfolgten und Widerstandskämpfer handelt. So enthält zum Beispiel das Änderungsgesetz zum Bundesentschädigungsgesetz eine Ausschlussfrist für die Anmeldung von Ansprüchen (30. 9. 1966), während es eine solche Ausschlussfrist weder in der Kriegsofferversorgung noch im Lastenausgleich gibt, die zwar politisch völlig anders (vielleicht gerade deshalb der Unterschied?), aber sachlich doch sehr ähnlich gelagerte Tatbestände und ihre Entschädigung regeln.

Unbefriedigend ist auch die Regelung der Ansprüche der NS-Verfolgten in der Sozialversicherung. Das Gesetz über die Behandlung der Verfolgten des Nationalsozialismus in der Sozialversicherung vom 22. August 1949 ist dringend verbesserungsbedürftig. Von der stärksten Organisation der Widerstandskämpfer in der Bundesrepublik, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) wird hierfür der Entwurf einer Novelle vorbereitet.

Die wichtigsten Forderungen dafür sind: erstens die Einbeziehung der Verfolgten in das Gesetz von 1949, die als Erwerbslose von den NS-Arbeitsämtern nicht in eine zumutbare Arbeit vermittelt wurden; zweitens die Erhöhung der einem Verfolgten zu gewährenden Mindest-Steigerungsbeträge von Klasse IV auf Klasse VI in der Rentenversicherung der Arbeiter oder von Klasse D auf Klasse F in der Angestelltenversicherung; drittens die Gewährung des Altersruhegeldes an Verfolgte auf Antrag ab 60. Lebensjahr, bei Frauen ab 55. Lebensjahr.

Der DGB hat sich in der Vergangenheit stets für die volle Berücksichtigung der Belange der NS-Verfolgten in der Sozialversicherung eingesetzt. Er wird das sicher auch in Zukunft tun.

-pp-

Neue Lasten für die Arbeitnehmer

Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung in der Wirkung eine verschleierte Steuererhöhung

Obwohl die Bundesrepublik zu den Ländern gehört, in denen die Lohn- und Gehaltsempfänger über direkte und indirekte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge am höchsten mit Abgaben belastet sind, soll nach dem Willen der Bundesregierung ab 1. Januar 1968 der Beitragssatz für die Rentenversicherung von 14 auf 15 Prozent erhöht werden und ab 1. Januar 1970 auf 16 Prozent. Schon 1957 wurde der Beitragssatz im Zuge der angeblichen Rentenreform von 11 auf 14 Prozent erhöht. Bekanntlich teilen sich die Beiträge zu je 50 Prozent in Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile auf, die aber arbeitsrechtlich beide als Lohnanteile gelten.

Die Beitragserhöhung ist nach der Behauptung der Bundesregierung notwendig, um bei zunehmender Zahl von Rentnern und abnehmender Zahl von Versicherten das Rentenniveau zu halten. Dabei ist offensichtlich, daß die Rentenhöhe in der Bundesrepublik wesentlich zu niedrig ist. Nach 40 Versicherungsjahren erreichen die Arbeitnehmer nur 40 bis 45 Prozent des Arbeitsverdienstes, so daß mit jedem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben ein sozialer Abstieg verbunden ist.

Diese Tatsache hat die Gewerkschaft OTV veranlaßt, energisch um eine Vereinbarung mit dem öffentlichen Arbeitgeber zu ringen, um über eine Zusatzversorgung den Arbeitern und Angestellten des öffentlichen Dienstes eine Aufbesserung ihrer Rente bis zu 75 Prozent nach 35 Dienstjahren zu sichern. Unter den Gewerkschaftern gibt es aber keinen Zweifel darüber, daß die Beschäftigten der Privatwirtschaft das gleiche Schutzbedürfnis für ihr Alter haben wie die des öffentlichen Dienstes.

Eine Aufbesserung der Renten wäre auch ohne Beitragserhöhung möglich — von einer Garantie für das augenblickliche Rentenniveau ganz zu schweigen —, wenn die Bundesregierung ihrer sozialen Verpflichtung nachkommen würde. Wie in der „Quelle“, dem Funktionärorgan des DGB, nachgewiesen wurde, ist in den Jahren 1950 bis 1965 der Anteil des Staatshaushaltes an den gesamten sozialen Aufwendungen von 39 auf 29,5 Prozent im Durchschnitt zurückgegangen.

Wenn sich das Verhältnis zwischen den Rentnern und den Beitragszahlern in der Rentenversicherung ungünstig entwickelt hat, so ist das allein eine Folge des Krieges. Das heißt aber auch, daß der Einnahmeausfall und die Mehraufwendungen, die dadurch entstehen, durch den Staatshaushalt ausgeglichen werden müssen. Zur Zeit schätzt man den Ausfall an Beitragszahlern infolge des Krieges auf drei Millionen, und 1980 werden es immer noch etwa zwei Millionen sein.

Als 1899 die Deutsche Rentenversicherung gegründet wurde, galt der Grundsatz, daß ihre Ausgaben zu je einem Drittel vom Staat, von den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern finanziert werden sollen. Der 7. DGB-Kon-

greß hat gefordert, dieses Verhältnis endlich auch tatsächlich herzustellen, um damit der Fürsorgepflicht des Staates für die Alten, Invaliden oder Verwitweten bzw. Verwaisten gerecht zu werden.

Für 1966 werden die Gesamtausgaben der Rentenversicherung mit 31,3 Milliarden DM veranschlagt. Die nur zum

Das Auto ist kein Luxus mehr

Die Motorisierung in der Bundesrepublik strebt von Jahr zu Jahr neuen Höhenpunkten entgegen. Träger der „Fortschrittsraten“ waren in früheren Jahren Geschäftsleute und Gewerbetreibende. Heute sind es vornehmlich private Autointeressenten. Was sie zur Anschaffung eines eigenen Kraftfahrzeuges verleitet, ist weniger ein häufig kritisierter Prestigedanken; das sind vor allem, so paradox es klingt, Sparsamkeitserwägungen.

Kraftfahrzeuge werden heute gekauft, weil man so bei Fahrten zwischen Wohnort und Arbeitsplatz der ständigen Verleuerung der Tarife öffentlicher Verkehrsmittel entgegen will oder weil Urlaubsreisen mit der Familie ohne eigenen fahrbaren Untersatz kaum noch finanziert werden können.

Angesichts der Tendenz, durch Übersiedlung in Stadtrand- und Dorfgebiete vor den überhöhten Mieten im Zentrum unserer Städte zu flüchten, ist für den Lohn- und Gehaltsempfänger das private Automobil jedenfalls kein Luxus mehr, sondern ein in sparsamen Haushalten durchgerechnetes Mittel zur Senkung der allgemeinen Kosten.

Viele private Autobesitzer müssen indessen ihre Rechnungen überprüfen, denn die Kostenanteile, die im Rahmen der eigenen Haushaltsplanung auf den Unterhalt eines Kraftfahrzeuges entfallen, erhöhen sich ständig. Es ist in den letzten Jahren nahezu alles teurer geworden, was mit dem Betrieb eines Autos zusammenhängt. So verteuerten sich die Gebühren für Zulassung, TÜV-Prüfung oder einfache Besitzumschreibung. Die Kraftfahrzeugversicherung forderte höhere Prämien, und es ist damit zu rechnen, daß die Prämienstaffeln weiter heraufgesetzt werden.

Gleichzeitig sind die Reparatur- und Serviceleistungen nicht unwesentlich

Teil tatsächlich bezahlten Bundeszuschüsse betragen 6,4 Milliarden DM. Davon werden aber 3,2 Milliarden zur Abdeckung der Kriegsfolgelasten gezahlt, so daß an tatsächlichen Bundeszuschüssen lediglich 3,2 Milliarden DM oder rund zehn Prozent der Gesamtausgaben verbleiben.

Würde aus dem Bundeshaushalt wirklich ein Drittel der Gesamtausgaben, abzüglich der Kriegsfolgelasten, den Versicherungsanstalten zur Verfügung gestellt, bekämen diese 9,4 Milliarden DM, das heißt 6,2 Milliarden mehr als sie bekommen haben. Damit könnten die Renten erhöht werden, ohne die Beiträge zu steigern.

Die beabsichtigte Beitragserhöhung ist also nichts anderes als eine verschleierte Steuererhöhung zu Lasten der Arbeiter und Angestellten. Ein Prozent Beitragserhöhung bedeutet eine runde Milliarde DM mehr in die Kassen der Rentenversicherung. BÖ.

teurer geworden, wengleich hierüber kaum gesprochen wird. Erhöht haben die Automobilfirmen unter Hinweis auf technische Verbesserungen ihre Listenpreise, und endlich sind auch die Kosten bei der Ahndung geringfügiger Verkehrsübertretungen gestiegen. Obgleich die Motorisierung allen beteiligten Institutionen und Gewerbezweigen den Vorteil einer echten Mengenkonjunktur beschert, kann der Kraftfahrer nicht mit Verbilligungen rechnen: das Gegenteil ist der Fall.

Die Aufwendungen für die Motorisierung nehmen im Monatsdurchschnitt sehr unterschiedliche Anteile an den privaten Verbrauchsausgaben in Anspruch. Während die Selbständigen mit Nettoeinkommen über 1200 DM im Monat etwa fünf bis sechs Prozent ihrer verfügbaren Einkommen für die Motorisierung abzwiegen, sind es bei den Arbeitnehmern bereits 12 Prozent.

Wenn nun, wie von der Bundesregierung beabsichtigt, die steuerlich begünstigte Kilometerpauschale für Pkw-Fahrten zwischen Wohnungsort und Arbeitsplatz drastisch dezimiert wird, dann ist für viele Arbeitnehmer der Zeitpunkt herangerückt, in dem die Benutzung der eigenen Kraftfahrzeuge mehr Kosten als Nutzen stiftet. Dabei muß man sich allerdings fragen, ob eine solche Entwicklung nicht zugleich eine Gefährdung der Arbeitsplätze bedeutet, die in der Automobil- und Kfz-Zubehör-Industrie bislang als gesichert galten. H. S.

Bauwirtschaft in Krisenstimmung

Arbeitnehmer müssen sich für Konflikte wappnen

Lebers „Partnerschaft“ sichert keine Arbeitsplätze

Die wirtschaftliche Lage in der Bauindustrie hat sich in diesem Jahr schlagartig verschlechtert. Seit Juni ist im Gegensatz zu den vorhergegangenen Jahren nach Angaben des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie die Bautätigkeit rückläufig. Die Auftragslage verschlechtert sich weiter, und infolgedessen geht die Investitionstätigkeit zurück. Auch die Zahl der Beschäftigten lag im Bauhauptgewerbe im Juni 1966 mit rund 1,6 Millionen um 42 000 unter der entsprechenden Zahl des Vorjahres.

Durch die Restriktionspolitik der Bundesbank wird sich die kritische Situation im Baugewerbe verschärfen, und auch die sogenannten Stabilisierungsgesetze haben keinen anderen Effekt, als daß sich das Wirtschaftswachstum, vornehmlich in der Bauwirtschaft, noch weiter verlangsamt und der Wunsch der Unternehmer nach einer „Reservearmee“, mit der man die Löhne drücken kann, Realität wird. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat für 1967 noch größere Schwierigkeiten in der Bauwirtschaft angekündigt. Bemerkenswert ist, daß sich diese Verlangsamung der weiteren Aufwärtsentwicklung in der Bauwirtschaft auf dem Boden einer rasch fortschreitenden technischen Umgestaltung vollzieht.

Der Hauptvorstand der IG Bau-Steine-Erden hat die Gefahren, die sich infolge dieser Entwicklung für den Bauarbeiter ergeben, durchaus erkannt. Auf dem 7. Gewerkschaftstag stellte Georg Leber dazu fest:

„Die Veränderungen im Baugeschehen, die wir in den letzten 20 Jahren erlebt haben, sind größer als in den vorangegangenen 2000 Jahren. Dabei stehen wir erst am Anfang einer Entwicklung, von der niemand sagen kann, wo sie einmal enden wird . . . Der Fertigbau ist aus dem Stadium des Laborierens heraus . . . In dem gleichen Maße, in dem sich die Konjunktur normalisiert, wird es zu einer heftigen, nach den Gesetzen des Marktes auch brutalen Auseinandersetzung zwischen hochtechnisierter konventioneller Bauweise und fabrikmäßig betriebener Bauproduktion kommen.“

Diesen Worten Lebers ist nur hinzuzufügen, daß dieser Konkurrenzkampf offensichtlich auf dem Rücken der Bauarbeiter ausgetragen wird, und es erhebt sich für die Bauarbeiter und ihre Gewerkschaft die Frage, welche Schlußfolgerungen bzw. welche Konsequenzen aus der sich von Tag zu Tag verschärfenden Situation zu ziehen sind. Daß die Bauarbeiter ihrer wirtschaftlich bedrängten Lage nicht mit Partnerschaftsgerede Herr werden können, muß auch dem Einfältigsten klar werden.

So ist wohl die von Georg Leber auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden getroffene Feststellung, zwischen der IG Bau-Steine-Erden und den Vertretern der Arbeitnehmer sei eine „erfreuliche neue Atmosphäre gegenseitiger Anerkennung und Achtung“ und auch eine beiderseitige Bereitschaft, die „Freiheit als Verantwortung“ zu empfinden, entstanden, nur als leeres Wortgeklänge zu werten und keine Grundlage für die sich nun anbahnenden Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Bauarbeitern um die Sicherstellung ihres sozialen Standards und die Erhaltung des Arbeitsplatzes.

Auch für die Bauarbeiter gibt es nur ein entscheidendes Mittel, um sozialen Besitzstand und Arbeitsplätze zu erhalten, und das ist die Verwirklichung einer funktionierenden wirtschaftlichen Mitbestimmung, so wie sie vom DGB und den ihm angeschlossenen Gewerkschaften gefordert wird. Es ist wohl ein grandioser Irrtum, um nicht zu sagen eine Irreführung der Bauarbeiter, zu glauben, man könne über die sogenannte Vermögenspolitik Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel bekommen, wie es die Lebersche „Konzeption“ vorsieht. Es ist nicht einzusehen, warum — laut Georg Leber — die Mitbestimmung kein Problem ist, das es für die Bauwirtschaft zu lösen gilt. Gerade in diesen Wochen, in denen Bauarbeiter entlassen und umfangreiche weitere Kündigungen angesagt werden, wird die Nützlichkeit der Arbeitnehmermitbestimmung erkennbar. Sie kann jedoch nicht erreicht werden, wenn die Gewerkschaften getrennt marschieren.

Dazu wird es vielmehr notwendig sein, die Bauarbeiter für diese Ziele zu mobilisieren und zu einem solidarischem Zusammengehen mit den Gewerkschaften zu veranlassen, die sich entschieden und tatkräftig für die Ausdehnung des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechtes einsetzen. Aus den gewerkschaftspolitischen Extratouren Lebers wird den Bauarbeitern kein Vorteil erwachsen; sie dienen höchstens dazu, die Solidarität der Gewerkschaften untereinander zu stören und den Gewerkschaftsgegnern Argumente in die Hand zu spielen, um die gemeinsame Front der organisierten Arbeiterschaft in der Bundesrepublik aufzuspalten.

Schrumpfungsprozeß der christlichen Gewerkschaften

Der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB), der bei seiner Gründung 250 000 Mitglieder aufzuweisen hatte, ist inzwischen auf weniger als 120 000 Mitglieder zusammengeschrumpft. Die hohe Anfangszahl war im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß im Saargebiet die christlichen Gewerkschaften von Beginn an tätig waren und einen relativ hohen Mitgliederstand vorweisen konnten. Die stabilste Organisation innerhalb der christlichen Gewerkschaften ist der Deutsche Handlungs- und Industrieangestelltenverband, der allein 64 000 Mitglieder aufweisen kann. Die Arbeiterorganisationen sollen inzwischen nur noch rund 12 000 Mitglieder stark sein.

Diese Entwicklung ist ein Zeichen dafür, daß sich in der Bundesrepublik bei den Arbeitern und Angestellten die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß nur die Einheit der Gewerkschaften den Erfolg verspricht.

Wenig Schutz bei Wohnungskündigung

Daß die Bestimmungen des § 556a BGB, die in den weißen Kreisen an die Stelle des bisherigen Mieterschutzes getreten sind, nur sehr unzulänglich vor dem Verlust der Wohnung schützen können, zeigt sich an einer Statistik der Räumungsklagen.

Von den im Jahr 1965 von Wohnungsvermietern insgesamt eingebrachten rund 42 600 Räumungsklagen wurden nur etwa 680 Klagen abgewiesen. Das bedeutet, daß 98,6 Prozent der gekündigten Mieter zur Räumung verurteilt wurden und nur 1,4 Prozent, ein verschwindend kleiner Prozentsatz, durch Richterspruch in ihrer Wohnung belassen wurde. Wie von mehreren Landesjustizverwaltungen in Erfahrung gebracht werden konnte, kam es zu diesem Ergebnis vor allem, weil das Widerspruchsrecht des Mieters gegen die Kündigung wirkungslos ist.

Statistisches

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen hat festgestellt, daß Männer, älter als 35 Jahre, in einer Großstadt in einem Großbetrieb beschäftigt, mit Einkommen zwischen 600 und 1000 DM und evangelisch, am ehesten zur Mitarbeit in den Gewerkschaften bereit sind. Die geringste Neigung zur Gewerkschaftsarbeit sollen dagegen junge Arbeiterinnen, die in einem Kleinbetrieb in einer Kleinstadt arbeiten, katholisch sind und regelmäßig die Kirche besuchen, zeigen.

Beziehungen werden ausgebaut

Im September-Heft der Zeitschrift „Tschechoslowakische Gewerkschaften“ äußert sich der Vorsitzende der Gewerkschaft für die Staatsangestellten und die Beschäftigten der Kommunalwirtschaft, Jaroslav Hrdlicka, anerkennend über seinen Besuch in der Bundesrepublik im Frühjahr 1966. Hrdlicka, der als Leiter einer Abteilung seiner Gewerkschaft bei der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr zu Gast weilte, teilte mit, daß beide Gewerkschaften im Herbst die Erfahrungen ihrer bisherigen Verbindungen auswerten und weitere absprechen wollen.

Entlassungen in England

Unter den britischen Automobilarbeitern wächst die Verbitterung. Mehrere große Automobilkonzerne haben in den letzten Wochen Zehntausende von Arbeitern entlassen oder für die Entlassung vorgemerkt. Ebenfalls Zehntausende wurden auf Kurzarbeit gesetzt. Entlassungen und Kurzarbeit haben auch bereits auf die Zulieferbetriebe übergegriffen. Die Gewerkschaften geraten gleichzeitig in zunehmenden Gegensatz zur Labour-Regierung, die sich gegen Kurzarbeit und für Entlassungen ausgesprochen hat, angeblich, um anderen exportintensiven Industrien die fehlenden Arbeitskräfte zuführen zu können.

Die Automobilindustrie Großbritanniens hat zunehmende Absatzschwierigkeiten. Nach einem leichten Rückgang der Ausfuhr ist vor allem der Inlandsabsatz scharf zurückgegangen. Allein im August mußten 20 000 Pkws mehr als sonst auf Lager genommen werden. Diese Entwicklung ist ohne Zweifel eine direkte Folge des von der Regierung Wilson gegen den Widerstand der Gewerkschaften durchgesetzten Lohnstopps für ein Jahr.

Arbeitslose Neger

Der Rüstungsboom in den USA, angeheizt durch den Aggressionskrieg in Vietnam, hat nach amerikanischen Pressemeldungen dazu geführt, daß die Zahl der Arbeitslosen zurückgegangen ist, wenngleich sie auch heute noch immer mehr als vier Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung beträgt. Allerdings profitieren von dieser Entwicklung nur die weißen Arbeitnehmer. Die Zahl der arbeitslosen Neger nimmt dagegen ständig zu. Gegenwärtig ist der Prozentsatz der arbeitslosen Neger zweieinhalbmal so groß wie der der weißen Bevölkerung. Von einhundert arbeitsfähigen Negern sind zur Zeit acht ohne Beschäftigung.

Bildung und Wissenschaft schon jetzt benachteiligt

Erste Opfer der Restriktionspolitik sind die Schulbauten

Die Entwicklung der Wissenschaft und — als ihre Voraussetzung — die Entwicklung des Bildungswesens sind in der Zeit technischer Umwälzungen zu einer erstrangigen Aufgabe jedes Staatswesens geworden. Die Größe der für sie erforderlichen materiellen Mittel läßt es nicht zu, auf irgendwelchen Selbstlauf oder Privatinitiative zu vertrauen. Die Notwendigkeit immer stärkerer staatlicher Aktivität zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung ist gerade darin begründet, daß die Aufgaben von Wissenschaft, Forschung und Bildung anders nicht zu bewältigen sind.

In der Bundesrepublik sind Bundesregierung sowie Länder und Gemeinden dieser Aufgabe bisher nicht in genügendem Maße gerecht geworden. Das geht aus Angaben hervor, die kürzlich vom Statistischen Bundesamt zum Thema „Öffentliche Ausgaben für Bildung und Wissenschaft“ zusammengestellt wurden (Wirtschaft und Statistik, Heft 6/66). Danach sind zwar die öffentlichen Ausgaben für Bildung und Wissenschaft je Einwohner (preisbereinigt) von 1928 bis 1965 auf das Dreieinhalbfache gestiegen, aber sie machen damit noch nicht einmal den Anteil am gesamten Staatshaushalt aus, den sie 1925 schon erreicht hatten.

Die öffentlichen Ausgaben für das Bildungswesen und die Wissenschaft erreichten netto (ohne Versorgungsaufwendungen usw.) 1965 die gewiß nicht geringe Summe von 16,2 Milliarden DM, das sind 274 DM je Einwohner der Bundesrepublik. Aber diese Summe erlaubt es beispielsweise nur, je Volksschüler monatlich 80 DM auszugeben. Das hat zur Folge, daß die bauliche Verfassung der Schulen vielerorts völlig ungenügend ist. Berechnungen der Kultusminister der Länder zufolge müßten bis 1970 mindestens 150 000 Klassenräume, Turnhallen usw. gebaut werden. Die Ausgaben für unser Schulwesen (ohne Hochschulen) müßten bis 1970 mindestens auf 22 Milliarden DM gegenüber 10 Milliarden im Jahre 1964 steigen. Anders, so meint der Experte auf diesem Gebiet, Professor Edding, kann das Schulwesen nicht den Erfordernissen gerecht werden. Die gleichen Mängel aber gibt es bekanntlich im Bereich des Hochschulwesens; Studienplätze fehlen überall, und namhafte Wissenschaftler haben ihre Institute teilweise in völlig unzulänglichen Keller- oder Dachräumen untergebracht.

Der weitaus größte Anteil der Ausgaben für Bildung und Wissenschaft wird von den Ländern und Gemeinden aufgebracht, nämlich 85 Prozent. Der Bund dagegen trägt nur 9 Prozent dieser Ausgaben. Deshalb ist für Bildung und Wissenschaft das dem Bun-

destag zur Entscheidung vorliegende Stabilisierungsgesetz eine große Gefährdung. Mit diesem Gesetzentwurf will nämlich die Bundesregierung die finanzielle Bewegungsfreiheit der Länder und Gemeinden einschränken und sich die Möglichkeit verschaffen, gewissermaßen über ein wirtschaftliches Notstandsrecht, entgegen der im Grundgesetz postulierten selbständigen Finanzpolitik der Länder und Gemeinden, diesen vorzuschreiben, welche Ausgaben wahrgenommen und welche einzuschränken seien. Angeblich will damit die Bundesregierung die wirtschaftliche Stabilität in der Bundesrepublik sichern. Es ist klar, daß Bildung und Wissenschaft bei der derzeitigen Finanzpolitik der Bundesregierung, die ihr Hauptgewicht auf einen verschwenderischen Rüstungshaushalt gelegt hat, nicht zu den Bereichen gezählt werden, deren Finanzierung an der Spitze der Dringlichkeitsskala steht.

Beweis dafür ist, daß zu den ersten Opfern der gegenwärtigen Restriktionspolitik die Schulbauten gehören. Ihre „Stabilisierungsrühen“ widerlegen die angebliche Bildungsfreundlichkeit der herrschenden Kräfte unseres Landes. Vorrangigkeit genießt in der staatlichen Ausgabenpolitik die Rüstung. Sie verschlang 1965 mit 19,4 Milliarden DM mehr als Bildung und Wissenschaft zusammen. Ihr Anteil am gesamten öffentlichen Haushalt ist mit rund 15 Prozent auch bedeutend höher als in früheren Zeiten, beispielsweise als 1925, wo er nur 4,4 Prozent betrug.

In seiner Regierungserklärung hat Bundeskanzler Erhard vor einem Jahr festgestellt, „daß die Forschung von heute der Wohlstand von morgen ist“. Sollen diese Worte ernst genommen werden, so muß der Anteil der Rüstung am Staatshaushalt wieder auf das Maß zurückgeführt werden, das es der Regierung möglich macht, die Ausgabenflut des Staates zu beschränken und dabei die wichtigsten Aufgaben, die der Staat für die Zukunft unseres Volkes zu erfüllen hat, nicht zu vernachlässigen.

Dr. Tu.

Links- gleich Rechtsradikalismus?

Der 7. DGB-Kongreß hat sich in zwei seiner Entschlüssen („Gegen die Aktivität rechts- und linksradikaler Gruppen“ und „Verbot der NPD“) gegen „alle links- und rechtsradikalen Bestrebungen“ gewandt, wie es in der Entschlußung „Verbot der NPD“ heißt. Faktisch werden damit die links- und rechtsradikalen Bestrebungen auf eine Stufe gestellt, über einen Leisten geschlagen, als gleich gefährlich für den Bestand der Demokratie und die demokratischen und sozialen Ziele der Gewerkschaften hingestellt. Aber entspricht das der wirklichen Sachlage? Ist es nicht an der Zeit, diese Frage kritisch und vorurteilslos zu prüfen, auch wenn dabei Tabus berührt und ins Wanken gebracht werden?

Es ist ja kein Zweifel, wer bei uns als „linksradikal“ gilt: die Kommunisten und alle anderen unbequemen Oppositionellen, die nach der Bonner Praxis als Kommunisten oder deren „Handlanger“ abgestempelt werden. Während als „Rechtsradikale“ im allgemeinen die faschistischen, neonazistischen und militaristischen Elemente bezeichnet werden, die sich jetzt in zunehmendem Maße in der NPD sammeln, deren Verbot der 7. DGB-Kongreß forderte.

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus wäre es grundfalsch, diese beiden politischen Kräfte oder Bewegungen gleich zu bewerten und zu behandeln. In der praktischen Gewerkschaftsarbeit geschieht das offensichtlich auch im allgemeinen nicht. Und auf dem DGB-Kongreß wurde bei der Begründung der Anträge auch nur gegen rechts argumentiert. Was immer man gegen die Kommunisten und ihre Politik einwenden kann: Die kommunistische Bewegung war und ist bei uns und in aller Welt ein Teil der Arbeiterbewegung.

Der in der NDP wieder offen auftretende Faschismus war und ist der ärgste, gefährlichste und brutalste Gegner der Arbeiterbewegung. Das braucht nach den blutigen geschichtlichen Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung wohl kaum noch bewiesen zu werden. Daher ist es auch alles andere als ein Zufall, wenn in der Bundesrepublik, in der die großen Konzernherren und Multimillionäre, die einst die Hitlerpartei finanzierten, in Wirtschaft und Politik wieder bestimmen, die KPD seit zehn Jahren verboten ist, die NDP sich aber frei entfallen kann.

Den Kommunisten wird vorgeworfen, sie seien — wie die Faschisten — für die Diktatur und damit gegen die Demokratie und sie hätten auch die Weimarer Republik mit untergraben. Sicherlich haben die deutschen Kommunisten in den Jahren der Weimarer Republik Fehler begangen. Das wird von ihnen auch gar nicht bestritten. Aber haben nur sie Fehler begangen? Will heute noch jemand ernsthaft behaupten, die Unterstützung der SPD für Hindenburg, der als Reichpräsident Hitler zum Kanzler machte, sei richtig gewesen? Die Kommunisten haben im Widerstandskampf gegen den Hitlerfaschismus einen hohen Blutzoll erbracht. Ihre Einheitsfrontangebote wur-

den abgelehnt. In Frankreich und Spanien verteidigten Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften die Republik in einer Einheitsfront.

Der Begriff der „Diktatur des Proletariats“ wurde von Marx und Engels geprägt, lange bevor es die heutige Teilung der Arbeiterbewegung in Kommunisten und Sozialdemokraten oder Sozialisten gab. Er galt ihnen nie als Gegenpol zur Demokratie, sondern zur Herrschaft oder Diktatur des Kapitals, wie sie in jedem noch so demokratischen bürgerlichen Staat verwirklicht ist. Das beste Beispiel gibt dafür unsere Bundesrepublik.

Wenn der ÖTV-Vorsitzende Kluncker nach dem ersten Besuch einer Delegation einer DGB-Gewerkschaft in der UdSSR erklärte, daß die ÖTV-Kollegen dort die hier gängigen Propaganda-Klischees nicht bestätigt fanden

briefe...

und feststellen konnten, daß die sowjetischen Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter und Angestellten — wenn auch mit anderen Methoden als unsere Gewerkschaften — wahrnehmen, ist dann damit nicht auch das antikomunistische Schlagwort von der „Diktatur gegen die Arbeiter“ widerlegt?

Mehrere tausend Kollegen mit kommunistischer Gesinnung arbeiten zum Teil seit vielen Jahren in den Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen des DGB. Viele von ihnen sind gewählte Funktionäre, weil sie auf der Grundlage der DGB-Grundsatz- und Aktionsprogramme und der Gewerkschafts-Satzungen die Interessen ihrer Kollegen gut vertreten. Ist nicht ihre Gleichstellung mit den Faschisten ein Unrecht, das die Atmosphäre in den Gewerkschaften vergiftet, nur den Gegnern der Arbeiterbewegung Freude macht und darum endlich überwunden werden sollte?

Alfred B., Cuxhaven

Großes Bildungsprogramm der IG Metall für 1967

Der Vorstand der IG Metall hat jetzt das Programm für die Bildungsarbeit 1967 festgelegt. Danach soll in den Bezirken die Zahl der Wochenendlehrgänge von 750 auf 800 und der Wochenlehrgänge von 25 auf 75 erhöht werden. In den Internatsschulen der IG Metall werden 338 Lehrgänge für mehr als 7500 Teilnehmer veranstaltet. Davon entfallen die meisten auf Lehrgänge von ein bis zwei Wochen Dauer (182 und 133). In den Verwaltungsteilen der IG Metall sind 1100 Wochenendlehrgänge für etwa 34000 Teilnehmer geplant. In den Lehrgängen werden vor allem Themen aus der Organisation und der Geschichte der Gewerkschaften, dem Arbeits- und Sozialrecht, der Gesellschaftslehre, Arbeitsstudien und Mitbestimmung behandelt.

IG Metall baut neues Verwaltungshaus

Am 19. August fand in Frankfurt/Main durch Otto Brenner die Grundsteinlegung für ein neues Verwaltungsgelände der IG Metall statt. Das Gebäude wird 15 Stockwerke hoch sein. Der Vorstand der Gewerkschaft faßte den Entschluß für den Erweiterungsbau vor zwei Jahren. Das jetzige Verwaltungsgelände wurde von der Gewerkschaft 1952 erworben, als die IG Metall 1,5 Millionen Mitglieder zählte. Wachsende Mitgliederzahlen (zur Zeit über 2 Millionen) und ständig zunehmende Aufgaben machten eine großzügige Erweiterung notwendig. Das Hochhaus wird 1968 fertig sein.

Autofahren wird teurer

Nachdem die Bundesregierung ihre Absicht mitgeteilt hat, die Abzugsfähigkeit der Kraftfahrzeugkosten bei der Benutzung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte von derzeit bis zu 50 Pfennig je Kilometer auf künftig 8 bis 10 Pfennig zu verringern, haben auch die Kraftfahrzeugversicherungen neue Teuerungsabsichten bekanntgegeben. Die 104 Gesellschaften, die in der Bundesrepublik Fahrzeuge versichern, haben beim Bundeswirtschaftsministerium eine empfindliche Heraufsetzung der Versicherungsgebühren beantragt. Die Grundtarife für die Kfz-Versicherung sollen um 7,5 Prozent erhöht und in Städten mit mehr als 100000 Einwohnern noch zusätzlich um 5 Prozent heraufgesetzt werden. Diese Pläne der Versicherungen werden mit der höheren Unfallhäufigkeit in Großstädten und mit gestiegenen Kosten, so bei Reparaturen, begründet.

Die Versicherungen beabsichtigen, die Verteuerung der Prämien ab 1. Januar 1967 in Kraft zu setzen.

Erhard in der Schußlinie

Mit der Regierungskrise in Bonn beschäftigt sich die Zeitung der IG Bergbau und Energie, „einheit“, in ihrer ersten September-Ausgabe:



„Wie Irrlichter geistern die politischen Skandale und wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch die bereits bedenklich verdunkelte bundesdeutsche Landschaft. Es ist ein gespenstisches Bild, das sich dem politisch interessierten Bundesbürger darbietet und geradezu die Frage provoziert, wie sich die Verantwortlichen in diesem Staat die weitere Entwicklung vorstellen. Oder gibt es da vielleicht gar keine Vorstellungen, wie es weitergehen soll? ...“

Dem CDU-Ehrenvorsitzenden und Allbundeskanzler Adenauer ist sein Nachfolger Erhard nicht mehr wirkungsvoll genug im Amt des Bundeskanzlers, und mit dem Bundestagspräsidenten Gerstenmeier hat Adenauer dann auch gleich den Mann seines Geschmacks der Umwelt vorgestellt. Harle Kritik kommt aus den Reihen der „Jungen Union“, deren Vorstandsmitglied CDU-MdB Alo Hauser den Kanzler und Parteichef Erhard als einen „unsicheren Kapitän“ bezeichnet, der im nordrhein-westfälischen Wahlkampf „schimpfte statt zu überzeugen“ ...

Die Diskussion um den Kanzler und seine Minister hat nicht mehr den Status einer parteiinternen Baustelle. Dafür ist nicht nur in aller Öffentlichkeit zu viel und zu deutlich darüber gesprochen worden, sondern mehr noch wird das gesamte Volk von dem betroffenen, was sich auf dem Bonner Parkett in den letzten Monaten in Szene setzte. Wirtschaftlich, sozial und militärisch stehen die Zeichen auf Sturm. Es ist keine leichte Brise, bei der Kapitän und Mannschaft die Mütze lässig ins Genick schieben können.“

Bonner Chaos nicht zu stabilisieren

Zur Bonner Regierungskrise und dem sogenannten Stabilisierungsgesetz schreibt in Nr. 19 vom 20. September die Gewerkschaftszeitung „Metall“:



„Aus dem eigenen Lager der Regierungsparteien wird der Ruf nach einer Umbildung des Kabinetts oder gar nach einer Ablösung des Bundeskanzlers immer lauter ... Erhard will nun durch ein Stabilisierungsgesetz sein Prestige wieder aufbauen. Er mußte sich im Bundesrat vom Hamburger Ersten Bürgermeister, Prof. Dr. Weichmann, sagen lassen, dieses Ermächtigungsgesetz sei ein „allgemeiner Schritt zu einer zentralen Verwaltungswirtschaft“. Ein Faktum werde mit besonderer Diskretion verschwiegen: Jene rund 20 Milliarden DM, die für die Verteidigung aufzuwenden sind. Diese Ausgabe müsse „notwendig über eine Beschränkung des Konsums oder den Preis ziviler Güter finanziert werden“. Aber genau diese Ausgabe soll nicht nur von der „Stabilisierung“ verschont bleiben, sondern um 1200 Millionen DM erhöht werden!“

Die Regierung wird von allen Seiten kritisiert. Das Chaos wächst. Aber Erhard meinte in einem Fernsehinterview unterschleiert: Im Vergleich zu den Problemen anderer westeuropäischer Staaten seien wir „das gelobte Land“. Fragt sich nur, wann die Verteilung aus dem gelobten Land der Ministersessel beginnt!“

Um Mitbestimmung und Demokratie

In der Oktober-Nummer der „Gewerkschaftspost“, dem Zentralblatt der IG Chemie-Papier-Keramik, kommentiert Kurt Brumlap die Ergebnisse des 7. Gewerkschaftstages der IG Chemie in Dortmund:



„Nach wie vor geht es zuallererst um die Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung. Sie ist sogar noch dringlicher geworden, weil Strukturkrisen und das Versagen der Bundesregierung die Vollbeschäftigung und damit die soziale Sicherheit von Millionen von Arbeitnehmern ernstlich bedrohen.“

Gelieben ist auch unsere Sorge um den Schutz der Demokratie. Das Verhalten der Bundestagsmehrheit nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen muß uns nach hellhöriger machen gegen Ermächtigungswünsche einer Bundesregierung, die sich und hinter ihr stehende Kreise unter allen Umständen an der Macht halten will. Neue Notstandsgesetze müssen verhindert und die bereits bestehenden aufgehoben werden.“

Eine gewisse neue Nuance hat unsere Verteidigung des demokratischen und sozialen Bundesstaates, wie er im Grundgesetz proklamiert wird, durch den wiedererlebenden Rechtsradikalismus erhalten. Die NPD darf keine politische Chance bekommen.“

Als Sensation wurde in der Öffentlichkeit vielfach die Deutschlandinitiative von Dortmund empfunden. Ihr Echo zeigt, daß Gewerkschaftsleute auch – und das ist gut so – eine Public-Relation-Seite haben. Ist es aber wirklich sensationell, wenn eine Gewerkschaft und ihr Vorsitzender, ungehemmt durch Hollstein – und andere Doktrinen und Dogmen, für Bewegung in der Deutschland- und Ostpolitik eintreten? Die teilweise erschrockene Reaktion und die bösartige Bemerkung des Herrn von Hase beweisen doch nur, wie sehr viele und vor allem offizielle Kreise bei uns nach im „Feinddenken“ gegenüber dem Osten beharren und die weitere Entspannung behindern.“

Politischer Machtmißbrauch durch Unternehmen

Den politischen Machtmißbrauch durch Unternehmen kritisiert die „Gewerkschaftliche Umschau“ der IG Chemie-Papier-Keramik im Septemberheft in einem Artikel über die Notwendigkeit der Arbeitnehmer-Mitbestimmung:



„Und die vom früheren Arbeitsgebetenbundesvorsitzenden Hans Constantin Paulsen und dem Vorsitzenden des BDI, Fritz Berg, gegründete „Staatsbürgerliche Vereinigung“, die Wohlgelder der Großunternehmen verwaltet, beantwortete die Bildung einer Koalitionsregierung von SPD und FDP in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1952 mit der Sperre der Beiträge für die FDP. (Wir enthalten uns jeder Spekulation darüber, ob die gegenwärtige strikte Ablehnung der FDP in Nordrhein-Westfalen eine Koalition mit der SPD einzugehen, etwa mit den damals gemachten Erfahrungen zusammenhängt.“

Niemand könnte den Wirtschaftsmanagern einen Vorwurf daraus machen, wenn sie aus ihrer eigenen Tasche an die Partei ihrer Wahl Beiträge und Spenden entrichten. Das ist beinahe eine staatsbürgerliche Pflicht. Aber hier handelt es sich nicht um private Gelder der Manager, sondern um Gelder der Unternehmen. Wenn sie zu politischen Pressionen eingesetzt werden, muß das als Mißbrauch wirtschaftlicher Macht angesehen werden, der nur möglich ist, weil die Manager aus Mangel an Kontrolle selbstherrlich über Gelder verfügen, die nicht ihr Eigentum sind. Statt ihre Funktionen in dem von den barufenen politischen Organen gestellten Rahmen auszuüben, versuchen sie umgekehrt, die politischen Organe sich zu unterwerfen und zu kontrollieren. Eine Unternehmensverfassung, die das ermöglicht, entspricht nicht mehr den Anforderungen unserer Zeit. Wenn nun gar dieselben Manager, die sich für berechtigt halten, Unternehmensgelder zu politischen Manipulationen einzusetzen, auch noch propagieren, daß die Arbeitnehmer ihre Spargroschen in Aktien solcher

Unternehmen investieren – gar als Ersatz für Mitbestimmung –, so wirkt das eigentlich nur noch zynisch.“

Den Verteidigungsetat kürzen

Über das Ausmaß der Belastung des Bundesstaats, vor allem der sozialen Verpflichtungen, schreibt Anfang September in Nr. 35 das DGB-Organ „Welt der Arbeit“:



„Das Kabinett Erhard hat nun einen Finanzplan vorgelegt, der Ausgaben in Höhe von 73,9 Milliarden Mark vorsieht und angeblich gedeckt ist. Doch das Bonner Konzept ist ein unedler Selbstbetrug. Außerdem ist es charakteristisch für den Geist, der diese Koalition beseelt. Da heißt es zum Beispiel, daß die Aufwendungen für soziale Leistungen steigen sollen. Tatsächlich werden dank der Hartnäckigkeit Kalzers die Kriegsgesamterrenten erhöht. Aber sind diese Kriegsfolgen nicht eigentlich Ausgaben, die das Verteidigungsministerium zu tragen hätte?“

Bonn scheut sich auch nicht, in die Kassen der Arbeitnehmer zu greifen. Sowohl die Arbeitslosen- als auch die Rentenversicherung sollen zur Herabgabe von Mitteln für sachfremde Zwecke gezwungen werden. Aber der Verteidigungsetat wird sich erhöhen, und militärische Ladehüter werden auch weiterhin im Ausland gekauft. So will es die Bundesregierung. Und das, obwohl alle verbündeten Mächte, insbesondere die Franzosen, der Ansicht sind, die Bedrohung aus dem Osten sei geringer geworden. Irgendwie aber wurde doch in der Hauptsache die Aufrüstung im bisherigen Umfang betrieben. Eine verteilbare Kürzung des Verteidigungshaushalts heißt zwei Vorzüge: es würden Gelder für wichtige Ausgaben frei und die Bundesregierung würde ihrer Friedensnote nachträglich einen demonstrativen Effekt verleihen.“

Unkenntnis der Grundrechte

Funktion und Erfahrung des Wehrbeauftragten des Bundestages sind Gegenstand eines Artikels in der September-Ausgabe der Zeitschrift „Ausblick“, dem Organ der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen:



„Dem Bundesverteidigungsministerium ist es bisher nicht gelungen, die Wehrbeauftragten des Bundestages „auf Vordermann“ zu bringen. Zuerst gab es Krach um Vizeadmiral Heye, der öffentlich die Bundeswehr bezichtigte, sie wolle einen „Staat im Staate“ schaffen. Heye mußte gehen.“

Nach ihm wurde dann Matthias Hoogen, CDU-Bundestagsabgeordneter und Fraktionskollege des Bundesverteidigungsministers von Hassel, zum Wehrbeauftragten gewählt. Er scheint sein Amt sehr ernst zu nehmen; denn in dem Bericht für 1965, den er jetzt dem Bundestag vorgelegt hat, spricht er offen aus, was ihm nicht gefällt. Er legte eine Reihe von Vorfällen offen auf den Tisch des Bundestages, die beweisen, daß nach viele, ja zu viele Übergriffe von Vorgesetzten gegen die Grundrechte der Soldaten vorkommen. Als einzige Entschuldigung führt Hoogen „die Unkenntnis der überragenden Bedeutung der Grundrechte und der in ihnen zum Ausdruck kommenden Wertordnung“ an.“

Unkenntnis scheint ein weitverbreitetes Übel in der Bundeswehr zu sein. Um sie zu beseitigen, fordert der Wehrbeauftragte konkrete Maßnahmen. Er hat in seinem Bericht darauf hingewiesen, daß es ihm manchmal nicht leichtgemacht wurde, Sachverhalte zu klären. Hoogen hat eine klare Umgrenzung und Bestätigung seiner Kompetenz gefordert, die vom Bundesverteidigungsminister von Hassel als Versuch der Kompetenzausweitung abgelehnt wurde, worauf der Wehrbeauftragte mit der Frage konterte: „Versteht denn Verteidigungsminister von Hassel überhaupt die Grundgedanken des Grundgesetzes und der Wehrverfassung?“

■ 6.—8. Oktober

IV. Europäische Konferenz der christlichen Gewerkschaften in Amsterdam

■ im Oktober 1966

Diverse Frauenkonferenzen der DGB-Landesbezirke: am 10. 10. in Borken, Bez. Kassel; 15. 10. in Wuppertal; 16. 10. in Blaubeuren; 16. 10. in Bayreuth; 23. 10. in Braunschweig; 30. 10. in Windsheim; 30. 10. in Lingen und am 2. 11. in West-Berlin.

Aus dem Geschäftsbericht der NGG-Gewerkschaft

In der Ernährungsindustrie ist die Beschäftigtenzahl von 447 500 im Jahre 1960 bis 1965 nur um acht Prozent gestiegen, das Produktionsvolumen aber im Zuge der Rationalisierung um 28 Prozent. In der Tabakverarbeitenden Industrie ging die Zahl der Beschäftigten von 1960 bis 1965 von 58 600 auf 39 100 zurück, während das Produktionsvolumen gleichzeitig um 21 Prozent angestiegen ist. Die Gewerkschaft fürchtete zwar nicht, daß zunächst Arbeitskräfte in größerem Maße freigesetzt werden, aber Umsetzungen und Arbeitsplatzwechsel sind unvermeidlich.

Die Mitgliederzahl der NGG beträgt zur Zeit 281 000, die sich auf 12 Wirtschaftsgruppen verteilen. Damit sind 42 Prozent aller Arbeitnehmer im Bereich der Industriezweige, für die die NGG zuständig ist, organisiert.

„Mitbestimmen“

So lautet der Titel einer Broschüre von Peter Baumöller, die in anschaulicher Form ein Konzentrat gewerkschaftlicher Vorstellungen über die Mitbestimmung vermittelt. Der Leser erhält einen Einblick, was und wo die Gewerkschaften mitzubestimmen gedenken, ein Problem, das auch in den Reihen der Gewerkschafter selbst noch längst nicht klar ist. Hätte der Autor darüber hinaus dem Leser auch die Wege zur Realisierung der Vorstellungen gezeigt, z. B. welche tarifrechtlichen Möglichkeiten bestehen und welche gesetzlichen Bestimmungen der Annullierung bzw. Änderung bedürfen, so hätte die Schrift nur gewonnen. Aber auch in der vorliegenden Fassung gibt sie dem Gewerkschafter wertvolle Fingerzeige.

(„Mitbestimmen“, 40 Seiten, 1,00 DM, Monitor - Verlag, Düsseldorf, Oststraße 154.) -ie-

In der Sozialenquete, die im Auftrag der Bundesregierung ausgearbeitet wurde, wird die Auffassung vertreten, daß eine Umwandlung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung in Arbeitnehmerbeiträge größere Klarheit im System der sozialen Sicherung bringen würde. Dieser Gedanke ist den Gewerkschaften nicht neu. Auch im DGB ist diese Meinung, nicht zuletzt von dem ehemaligen DGB-Vorsitzenden, Willi Richter, mit Energie vertreten worden.

In der Enquete wird mit Recht darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeberbeiträge ohnehin Lohnkostenbestandteile seien, die als solche in die Preiskalkulation eingehen. Das heißt also, tatsächlich zahlen nicht die Unternehmer die sogenannten Arbeitgeberbeiträge, sondern über den Preis die Verbraucher. Aber ungeachtet dessen sind diese Arbeitgeberbeiträge ein gewichtiges Argument der Unternehmerverbände und der Bundesregierung gegen die von den Gewerkschaften seit Jahren geforderte volle Selbstverwaltung der Sozialversicherung durch die Arbeitnehmer.

Der 7. DGB-Kongreß hat die Forderung des DGB- Grundsatzprogramms nach voller Selbstverwaltung der Sozialversicherung noch einmal bekräftigt, nachdem schon der Gründungskongreß 1949 gefordert hatte: „Die Sozialversicherung ist als alleinige Angelegenheit der Versicherten unter deren Selbstverwaltung zu stellen.“

In der Bundesrepublik hat sich gegenüber der Situation in der Weimarer Republik eine Einschränkung des Selbstverwaltungsrechtes vollzogen. Stand in der Weimarer Republik in den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung zwei Dritteln der Versichertenvertreter ein Drittel Unternehmervertreter gegenüber, so erhielten die Unternehmervertreter durch das am 13. August 1952 in Kraft getretene Gesetz über die Selbstverwaltung der Versicherungsinstitutionen die Hälfte der Sitze. Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß in der DDR die Verwaltung der Sozialversicherung in vollem Umfang den Gewerkschaften übertragen worden ist.

Vor dem 7. DGB-Kongreß wurde von dem stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Beermann auf die Absicht der Bundesregierung und der Regierungsparteien hingewiesen, mit einem 7. Änderungsgesetz die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung noch mehr einzuzengen. Beermann erklärte dazu: „Wir werden nicht länger zusehen, wie die Entscheidungsfreiheit über das gesetzlich zulässige Maß hinaus reglementierend eingeschränkt wird. Es muß Schluß gemacht werden mit dem elenden obrigkeitlichen und autoritären Denken so mancher staatlicher Stellen...“

Noch deutlicher war der Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz, Julius Lehlbach, in seiner Diskussionsrede vor dem 7. DGB-Kongreß, in der er u. a. feststellte:

„Die paritätische Selbstverwaltung durch die Arbeitgeber ist nichts anderes als eine Bevormundung der Arbeitnehmer... Nun, die Arbeitnehmer sind mündig und sehr wohl in der Lage, ihre Dinge in der Sozialversicherung selbst zu gestalten. Die Arbeitgeber müssen ausscheiden, und es ist höchste Zeit, Schluß zu machen mit der Parität, Schluß mit der ständigen Diskriminierung der Arbeiter und Angestellten.“

Dem ist nichts hinzuzufügen. Nur, daß es zur Durchsetzung auch dieser demokratischen Forderung der ständigen Aktivität der Gewerkschaften bedarf.

A. B.

Zu guter Letzt:

Die Vereinigten Staaten haben den Hinterbliebenen der Südvietnamesen, die bei irrtümlichen Bombenangriffen der US-Kampfflugzeuge ums Leben gekommen sind, pro Todesopfer 34 Dollar, das sind 136 DM, als Entschädigung gezahlt. Dagegen wenden die USA nach Berichten eines Offiziers der amerikanischen Aggressionsarmee in Vietnam eine Million Dollar auf, um einen Soldaten der vietnamesischen Freiheitsarmee umzubringen. Auch ein Beispiel amerikanischer Humanität.

nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat
Herausgeber: Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen,
Erlenweg 3/9
Telefon 36 38 Postcheckkonto Stuttgart 960 19
Redaktioneller Mitarbeiter:
Gerd Siebert, Hamburg
Für den Inhalt der Briefe
kann keine Verantwortung übernommen werden
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt
besteht kein Ersatzanspruch
Druck: Max Kristeller, 2 Hamburg 50,
Winterstraße 9-11
Einzelpreis 0,75 DM; Halbjahres-Abonnement
4,50 DM plus 0,90 DM Zustellgebühr
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet